

38

KLEINE REIHE

Thomas Hertfelder

Erfolgsgeschichte Bundesrepublik

Aufstieg und Krise einer Meistererzählung



thh

stiftung
bundespräsident-
theodor-heuss-haus

Zur Publikation

Erfolgsgeschichte Bundesrepublik

Über Jahrzehnte hin galt die Bundesrepublik nicht nur als Provisorium und Teilstaat, sie war auch ein geschichtsloses Land. Dies änderte sich erst im Lauf der 1980er Jahre, als nach einer Periode rapiden Wandels die Geschichte der Bundesrepublik endlich erforscht, geschrieben und in einer breiten Öffentlichkeit diskutiert wurde. Seit Ende der 1990er Jahre wird die Geschichte der Bundesrepublik breitenwirksam als eine geradezu beispiellose Erfolgsgeschichte erzählt. Wie kam es zu dieser Erfolgsgeschichte? Aus welchen Momenten setzt sie sich zusammen? Wo liegen ihre Grenzen? Und warum vermag sie in jüngster Zeit nicht mehr so recht zu überzeugen?

Titelfoto:

© CHRISTO AND JEANNE-CLAUDE: *Wrapped Reichstag, Berlin 1971–95, Germany, Photo: Wolfgang Volz/laif [Nr. 19340639]*

38
KLEINE REIHE

Thomas Hertfelder

Erfolgsgeschichte Bundesrepublik

Aufstieg und Krise einer Meistererzählung

Erfolgsgeschichte Bundesrepublik

Aufstieg und Krise einer historischen Meistererzählung

»Humans cannot live without stories« (Steven Greenblatt)

»Wir sind ein sehr erfolgreiches demokratisches Entwicklungsland.« In solch ironischer Brechung brachte der Berliner Staatsrechtler Christoph Möllers die Selbstwahrnehmung der Bundesrepublik im Jahr 2008 auf den Begriff, als gerade die Feierlichkeiten zum 60. Jahrestag der Verabschiedung des Grundgesetzes in Vorbereitung waren.¹ »Wir«, die Exportweltmeister; »wir«, die Weltmeister im Bewältigen von Diktaturen; »wir«, der Anker demokratischer Stabilität in der Mitte Europas – ein *Entwicklungsland*? Wie, so könnte man fragen, kam der Verfassungsexperte zu dieser narzisstischen Kränkung?

Möllers begründete seine Provokation auf ebenso einfache wie einleuchtende Weise. Ein demokratisches Entwicklungsland sei die Bundesrepublik zum einen deshalb, weil sie auf nur zwei vergleichsweise kurze Phasen praktizierter Demokratie, nämlich die dreizehn Jahre der Weimarer Republik und die Geschichte der Bundesrepublik, zurückblicken könne. Vor allem aber habe sich zum andern die gelungene Entfaltung der Demokratie in Westdeutschland nach 1945 außergewöhnlich günstigen Rahmenbedingungen verdankt. Gleichwohl: »Nach dem Zweiten Weltkrieg wurden wir«, so Möllers Resümee, »zu einer politisch und institutionell sehr erfolgreichen Demokratie, die Regierungswechsel mit politischer Stabilität verband, die viele erfolgreiche institutionelle Lösungen erfand oder eigenständig entwickelte, wie unser Wahlrecht und die Verfassungsgerichtsbarkeit.«² Dieses selbstbewusste Fazit, das zudem mit einem unbestimmt inklusiven »wir« provozierte, entsprach einer unter den Eliten des Landes weit verbreiteten Auffassung. Entsprechend positiv fiel die historische Bilanz aus, als 2009

der 60. Geburtstag der Bundesrepublik zu feiern war.³ Doch der Boden, auf dem 2009 so ausgelassen gefeiert wurde, schien für einen Moment zu schwanken. Denn zugleich führte im selben Jahr die tiefste Rezession seit dem Ende des Zweiten Weltkriegs der Exportnation Deutschland ihre Abhängigkeit vom globalisierten Weltmarkt schmerzhaft vor Augen.

1. Eine Demokratie auf Bewährung

Eine so positive historische Bilanz, wie sie 2009 allenthalben gezogen wurde, wäre ein Vierteljahrhundert zuvor kaum denkbar gewesen. Denn bis in die 1980er Jahre hinein galt die Bundesrepublik nicht nur als »Weststaat« im Rahmen einer seit 1949 geteilten Nation, sondern auch als eine Demokratie auf Bewährung – zumal bei Historikern.⁴

Dazu einige Kostproben: In der ersten umfassenden Synthese zur Geschichte der Bundesrepublik interpretierte 1986 der renommierte Bonner Zeithistoriker Karl Dietrich Bracher den mangelnden Rückhalt, den Bundeskanzler Helmut Schmidt anfangs der 1980er Jahre bei der Umsetzung des NATO-Nachrüstungsbeschlusses seitens seiner Partei erhalten hatte, als einen »drohenden Rückfall hinter das Godesberger Programm, mit Anklängen an Weimarer Verhältnisse.«⁵ Mehrfach zog Bracher in diesem Beitrag weitere Parallelen zwischen den krisenhaften Verwerfungen der 1970er Jahre und den Entwicklungen der Weimarer Republik.⁶ Wenn der international anerkannte Doyen der modernen Weimar-Forschung sich veranlasst sah, das Menetekel der gescheiterten ersten Republik an die Wand zu malen, so galt es aufzuhorchen. Ein zweites Beispiel: Noch im Sommer 1989 – man feierte 40 Jahre Bundesrepublik – stellte Martin Broszat, Direktor des Instituts für Zeitgeschichte in München, einen ganzen Katalog skeptischer Fragen an unser Land, etwa: Haben sich politisches Bewusstsein und habituelle Einstellungen der Deutschen seit der Staatsgründung 1949 wirklich verändert? Ist nicht die »Dickfelligkeit des privatistischen Pragmatismus [...] typisch für die Weiterentwicklung der Bundesrepublik geblieben?« Sind nicht die Demokratisierungsprozesse der sechziger und siebziger Jahre »später eher wieder rückläufig geworden?«⁷ Auch das Grundgesetz stand in den 1980er Jahren noch lange nicht in jenem hohen Ansehen, das es im frühen 21. Jahrhundert genießt. So zog der Politikwissenschaftler Jürgen Seifert in einem Essay über das Grundgesetz, der 1983 im Rahmen einer dreibändigen Geschichte der Bundesrepublik erschienen ist, eine sehr durchwachsene Bilanz. Die Analyse der Wehrverfassung, der Notstands-

gesetzgebung und des seit 1977 besonders problematischen Bereichs der »inneren Sicherheit« veranlasste ihn nämlich zu folgendem skeptischen Resümee, in dem die Ideologiekritik der 1970er Jahre noch hörbar nachhallt: »Solange die Grundrechte in allen Bereichen anerkannt werden, sind sie ein Bollwerk dagegen, dass die tatsächlichen Machtverhältnisse den geschriebenen Text der Verfassung in eine substanzlose Hülle verwandeln.«⁸ Kein Zweifel: Den beiden prominenten Historikern wie auch dem Politologen erschien die Bundesrepublik damals noch als eine Demokratie, der nicht restlos zu vertrauen war, die durchaus bedroht schien von Rückfällen in eine unheilvolle Vergangenheit; einen Resonanzboden fand ihre Skepsis in einem bemerkenswerten Chor zeitgenössischer Grabgesänge auf die bundesdeutsche Demokratie.⁹ Jedenfalls stand ihr Urteil paradigmatisch für eine noch in den 1970er und 1980er Jahren vorherrschende, aber nicht überall geteilte, kritische Sicht auf die Geschichte der Bundesrepublik Deutschland, die eben »nicht nur die Geschichte einer Demokratie, sondern die Geschichte einer Demokratie im Schatten von Völkermord und Vernichtungskrieg« war.¹⁰ Diese Geschichte hatte die Zunft der Historiker erst in den 1980er Jahren recht eigentlich als Forschungsgegenstand für sich entdeckt.¹¹

Für diese Skepsis gab es indessen allerlei gute Gründe, die nicht zuletzt in der deutschen Geschichte des 19. und 20. Jahrhunderts zu verorten sind. Die Erfahrung des Nationalsozialismus lag gerade einmal vierzig Jahre zurück. Und in einer längeren Perspektive stimmte es ja durchaus, dass die Deutschen ihre Demokratie weder 1949 noch zuvor wirklich erkämpft hatten, jedenfalls nicht in einer erfolgreichen demokratischen Revolution. Auf diesen Befund berief sich vor allem jenes mächtige, kritische Deutungsmuster vom »deutschen Sonderweg«, das in den 1970er und 1980er Jahren die wissenschaftliche wie auch öffentliche Auseinandersetzung mit der jüngeren deutschen Geschichte bestimmte.¹² In dem Bestreben, die tieferliegenden historischen Gründe für den Aufstieg des Nationalsozialismus und die Verbrechen des »Dritten Reichs« aufzuspüren, arbeitete dieses Narrativ an der deutschen Geschichte des 19. und frühen 20. Jahrhunderts eine ganze Reihe kritischer Befunde heraus: Den bereits in den Befreiungskriegen aufkeimenden radikalen Nationalismus der Deutschen, das Scheitern der Revolution von 1848/49, die »von oben« und krieglerisch erzwungene deutsche Reichsgründung 1871, die Mängel der konstitutionellen Monarchie, die Strukturprobleme des militaristisch gestimmten Obrigkeitsstaats im preußisch-deutschen Kaiserreich, die fatale Macht vorin-

dustrieller Eliten, die korporatistischen und autoritären Verformungen des Kapitalismus, die »Ungleichzeitigkeit« der ökonomischen und politischen Entwicklung usw. – kurz: jene Defizite und Pathologien, die als spezifisch für die jüngere deutsche Geschichte galten. In dieser Sicht mündete der »deutsche Sonderweg« mehr oder weniger zwangsläufig in der nationalsozialistischen Diktatur, bis er mit der totalen Niederlage im Jahr 1945 an sein verdientes Ende gelangte. Nach intensiver fachlicher Kontroverse und überrumpelt von der unerwarteten deutschen Wiedervereinigung,¹³ hat die Mehrzahl der Historikerinnen und Historiker diese einflussreiche Interpretation, die in zahlreichen Varianten vorgetragen wurde, weitgehend ad acta gelegt, während sie in der Öffentlichkeit bis heute nachhallt.¹⁴

Das Narrativ vom »deutschen Sonderweg« stellte sich vornehmlich gegen eine ältere, nationalkonservative Sicht der deutschen Geschichte, die im Nationalsozialismus wenig mehr als das Werk einer verbrecherischen Clique zu sehen vermochte, und sie hatte Auswirkungen auf das historische Selbstverständnis der Bundesrepublik:¹⁵ Wenn der Nationalsozialismus mit sozialwissenschaftlicher Präzision aus bestimmten Konstellationen der deutschen Geschichte abgeleitet werden konnte, dann verlor die Geschichte als vermeintlich »schicksalhafte Macht« ihren Schrecken, denn nun waren ihr Verlauf und mithin auch ihre Katastrophen rational erklärbar. Dieser neue Blick eröffnete zudem die Aussicht, Konsequenzen aus den freigelegten Pathologien der deutschen Geschichte zu ziehen, altmodisch gesprochen: die Aussicht auf Läuterung und Besserung. Eine solche Läuterung schien in der Perspektive des »deutschen Sonderwegs« vor allem dann möglich, wenn die Bundesrepublik ihren »Weg nach Westen« konsequent weiterging, mit den autoritären und anderen toxischen Traditionen der deutschen Geschichte entschieden brach, den Kapitalismus auf dem Weg der Reform weiter bändigte und unhinterfragte Machtstrukturen im Geiste emanzipatorischer Politik konsequent abbaute. Umgekehrt bedeutete das: Solange dieser Weg noch nicht zu Ende gegangen war – was immer das heißen mochte –, solange blieb die Bundesrepublik eine vom Rückfall in die Barbarei bedrohte Demokratie.

Argumentationsstark und wortgewaltig eroberten die Historikerinnen und Historiker des »deutschen Sonderwegs« für die Geschichtswissenschaft jene öffentliche Deutungsmacht zurück, den die Zunft in den sechziger und siebziger Jahren eingebüßt hatte.¹⁶ In der Konsequenz ihres Ansatzes blieb ihr Blick auf die noch junge Geschichte der Bundesrepublik stets kritisch;

vereinzelt Versuchen, die Bundesrepublik in ein positives nationales Geschichtsbild zu integrieren, traten die Vertreter der Sonderwegsthese energisch entgegen. Vor dem Hintergrund der sozialliberalen Ostpolitik hatten linksliberale Historiker gegen den Einspruch konservativer Kollegen nämlich die einflussreiche These entwickelt, dass die Bundesrepublik am besten als eine »postnationale Demokratie unter Nationalstaaten« zu begreifen sei.¹⁷ Bereits 1981 hatte der Bochumer Historiker Hans Mommsen das seitdem vielfach variierte Argument formuliert (bzw. wieder aufgegriffen), dass der deutsche Nationalstaat im Gesamtzusammenhang der deutschen Geschichte nur eine relativ kurze Episode gewesen sei, auf die sich der Wunsch nach einer Wiedervereinigung der beiden deutschen Teilstaaten daher nicht wirklich legitim beziehen könne.¹⁸ In überspitzter Deutlichkeit brachte es einmal mehr Karl Dietrich Bracher 1986 auf den Punkt: »Es geht um die Entscheidung, die die Bundesrepublik trägt: ›Die freiheitliche Grundordnung anstelle der Nation.««¹⁹ Damit konnte die deutsche Frage als eine offene *nationale* Frage elegant zu den Akten gelegt, die westeuropäische Integration zugleich beherzt vorangetrieben und der deutsche Sonderweg über 1945 hinaus als »postnationaler Sonderweg« verlängert werden.²⁰ Bis die deutsche Wiedervereinigung 1989/90 dieser Vorstellung abrupt den Boden entzog.

Die These von der »postnationalen Demokratie« der Bundesrepublik vertrug sich bestens mit einem Begriff, den der Publizist und Politologe Dolf Sternberger aus Anlass des Grundgesetzjubiläums bereits 1979 in die Debatte eingeführt hatte: »Verfassungspatriotismus«. Sternberger sprach in jenem Leitartikel der »Frankfurter Allgemeinen Zeitung«, in dem er den Gedanken zuerst formulierte, angesichts der deutschen Teilung von einem »verwundeten Nationalgefühl« der Deutschen, die zwar in einer geteilten Nation, doch in einem »ganzen Verfassungsstaat, und das ist selbst eine Art Vaterland«, leben würden.²¹ Nicht die abstrakten Prinzipien und Prozeduren, wie sie das Grundgesetz vorsah, nicht ein »Paragrafenstolz« also, sondern ein an diesen Prinzipien und Prozeduren orientiertes politisches *Leben* freier Bürger in einer freiheitsverbürgenden Ordnung sollte den Kitt bilden, aus dem eine neue (bundes-)republikanische Liebe zum Vaterland erwachsen kann. Eine »republikanische Neuerfindung der Westdeutschen« (Jan-Werner Müller) also, die auf diesem Wege endlich ihrer Fixierung auf den Sicherheit und Wohlstand garantierenden Staat entwachsen und sich zu wahren *citoyens* mausern sollten. Der Begriff und die in ihm enthaltene These sind seitdem vielfach aufgegriffen, in mancherlei Varianten dis-

kutiert und kritisiert worden.²² International rezipiert wurde das Konzept schließlich über seinen prominentesten Verfechter, den Sozialphilosophen Jürgen Habermas, der zwar deutlich andere Akzente setzte als Sternberger und den »Verfassungspatriotismus« vor allem an den von Deutschen begangenen Zivilisationsbruch des Holocaust zurückband.²³ Zugleich aber signalisierte er damit, dass das Grundgesetz und die durch sie konstituierte Verfassungsordnung mittlerweile auch bei der westdeutschen Linken nicht mehr nur *volens volens* respektiert wurde, sondern sich wachsender Wertschätzung erfreute.

In unserem Zusammenhang ist das Konzept des Verfassungspatriotismus in zweierlei Hinsicht von Bedeutung. In seinem gerade für die Bundesrepublik innovativen Gehalt verweist es zum einen zurück auf die fünfziger und sechziger Jahre, in denen dem Grundgesetz nicht annähernd die Prominenz und öffentliche Anerkennung zukam, die uns heute geläufig ist.²⁴ Zum andern kann das Konzept des Verfassungspatriotismus als erster, zunächst noch eher statischer Vorentwurf jener neuen historischen Meistererzählung gelesen werden, von der später noch ausführlich die Rede sein soll. Das Postulat eines neuen Verfassungspatriotismus gewinnt so recht an Gewicht, wenn man daran erinnert, dass weder 1948/1949 noch in den Jahren danach die unter alliierter Aufsicht erfolgte Verfassungsgebung und Weststaatsgründung die Deutschen sonderlich bewegt hat.²⁵ Als die amerikanische Militärregierung im Juli 1949 in der von ihr verwalteten Zone in einer Umfrage die Deutschen fragte, ob es zutrefte, dass in Bonn ein Grundgesetz für Westdeutschland verabschiedet worden sei, waren 38 Prozent der Befragten der Meinung, dass dies nicht der Fall sei, weitere 20 Prozent gaben an, davon nichts zu wissen.²⁶ Soweit die demokratische Neuordnung in den Anfangsjahren überhaupt Beachtung fand, wurde sie sogar gerne mit dem Argument kritisiert, man habe nicht die richtigen, wirklich konsequenten Lehren aus dem Scheitern der Weimarer Republik gezogen. In den Augen dieser Kritiker hätte die richtige Lehre aus Weimar etwa darin bestanden, im Grundgesetz und in den Länderverfassungen den Parlamentarismus und den damit verbundenen Parteienstaat endlich zu überwinden. Doch stattdessen wurden beide restauriert, ja sogar konstitutionell gestärkt.²⁷ Entsprechend skeptisch blickten viele in die Zukunft. Die Verfassungsgebung sei, so das Resümee des Politikwissenschaftlers Jan-Werner Müller, »mit einem Rekord-Minimum an Pathos vollbracht worden«.²⁸ Von einem demokratischen Gründungsmythos, der einen frühen Verfassungspatriotismus hätte tragen können, kann in der Bundesrepublik also gewiss keine Rede sein.

Umso lieber erzählte man sich alsbald eine *andere* Geschichte, nämlich die vom einzig verfügbaren, sehr populären Gründungsmythos, und der war kein demokratischer, sondern ein ökonomischer:²⁹ Das Wirtschaftswunder sowie die Währungsreform als dessen »mythischer Take-off«³⁰ hatten sich bekanntlich tief in das Selbstverständnis der Westdeutschen eingebrannt, weit tiefer jedenfalls als alternative Identifikationsangebote wie die Verabschiedung des Grundgesetzes am 8. Mai 1949 oder der Offiziersputsch vom 20. Juli 1944.³¹ Der Mythos »Wirtschaftswunder« besaß – bei aller Kritik – nämlich einen realen Erfahrungskern: den ab 1950 rasch wachsenden, breite Bevölkerungsgruppen erfassenden Wohlstand. Dieser Mythos, der die Person Ludwig Erhards und dessen Wirtschaftspolitik bis heute gerne verklärt, dabei die enormen Anlaufschwierigkeiten und Krisen der Jahre 1948 bis 1952 zumeist übersieht und exogene sowie langfristig wirksame Faktoren der ökonomischen Rekonstruktion eher ausblendet, ist von Wirtschaftshistorikern inzwischen vielfach dekonstruiert worden.³² Seiner öffentlichen Wirkung tut dies, wie beispielsweise die von Bundespräsident Steinmeier begleitete Eröffnung des Ludwig-Erhard-Zentrums in Fürth 2018 zeigte,³³ indessen kaum Abbruch. Ohne die Wirkmacht dieses Mythos, so argumentiert etwa Herfried Münkler, hätte Helmut Kohl seine viel zitierte Prognose vom Sommer 1990, in den neuen Bundesländern würden alsbald »blühende Landschaften« erwachsen, so nie stellen können.³⁴

.....

Dass die parlamentarische Demokratie der Bundesrepublik *vor allem* auf ökonomischer Stärke und materiellem Wohlstand beruhe, während die *Demokratie* bei der Mehrheit der Deutschen keine allzu tiefen Wurzeln geschlagen habe, das war noch in den 1980er Jahren ein Topos kritischer Gegenwartsdiagnose.

.....

Ausländische Beobachter wiederum hat gerade in den 1980er Jahren die wirtschaftliche Potenz der Bundesrepublik erkennbar beunruhigt.³⁵ Die Bundesrepublik sei ein Staat, »dessen Wurzel durch und durch ökonomisch ist«, erklärte der Philosoph Michel Foucault seinen Studenten am *Collège de France* Anfang 1979,³⁶ und in den Schlussbetrachtungen zu seinem Buch »A German Identity« unkte der britische Wirtschaftshistoriker Harold James zehn Jahre später, dass die Bonner Republik eine ernste öko-

nomische Krise wohl nicht überstehen würde.³⁷ Nüchtern gab der Münchner Zeithistoriker Ludolf Herbst noch 1989 zu Protokoll: »Die Staatsräson der Bundesrepublik ist der wirtschaftliche Erfolg.«³⁸ Dass die parlamentarische Demokratie der Bundesrepublik *vor allem* auf ökonomischer Stärke und materiellem Wohlstand beruhe, während die *Demokratie* bei der Mehrheit der Deutschen keine allzu tiefen Wurzeln geschlagen habe, das war noch in den 1980er Jahren ein Topos kritischer Gegenwartsdiagnose.³⁹ Den historischen Hintergrund dafür bildete natürlich das Scheitern der Weimarer Republik.⁴⁰ Soweit in nur ganz wenigen Strichen jene ältere, kritische Interpretation der Bundesrepublik, die in der jungen Demokratie wenig mehr sah als eine prekäre Resozialisationsmaßnahme.⁴¹

Inzwischen aber verfügt das wiedervereinigte Deutschland über eine neue Meistererzählung der Demokratie, die sich seit den 1990er Jahren allmählich herausgebildet hat.⁴² Was verstehen wir unter einer »Meistererzählung«? Meistererzählungen erzählen die Geschichte eines Kollektivs, in der Regel einer Nation, über einen längeren Zeitraum, indem sie diese auf eine bestimmte, identitätsrelevante Perspektive fokussieren. Bewusst und durchaus kunstvoll setzen Meistererzählungen einen Anfang (»Am Anfang war keine Revolution«) und ein Ende (z. B. das Jahr 1945). Sie sind um einen Plot (z.B. die Errichtung der nationalsozialistischen Diktatur 1933) oder mehrere zentrale Plots herum konstruiert und folgen dabei oftmals kulturell tief verankerten Vorstellungen vom Lauf der Dinge, etwa von Aufstieg und Niedergang, von Verlust und Wiedergewinn, von der Wiederkehr des immer Gleichen usw. Charakteristisch für Meistererzählungen sind daher weniger deren sprachlich-stilistische Mittel, einzelne Episoden oder Argumente, sondern die narrative Tiefenstruktur, die einem Magnetfeld gleich die einzelnen Elemente der Erzählung ordnet und die Deutung der »Fakten« bestimmt. Sie sind zwar offen für die Erörterung komplexer Zusammenhänge und die Verarbeitung fachwissenschaftlicher Expertise, doch bündeln sie die Perspektive auf einen bestimmten Fluchtpunkt und sind insofern leicht memorierbar. Hinzu kommt vor allem: Meistererzählungen werden nicht einfach von Historikern geschrieben. Sie bilden sich vielmehr in einem komplexen Zusammenspiel von Experten und Massenmedien, Politik und Deutungseliten, Bildungsinstitutionen und engagierter Öffentlichkeit heraus und sind insoweit auch ein Spiegel gegebener Machtverhältnisse.⁴³ Der Begriff des »Meisters« impliziert eben nicht nur Kennerschaft, sondern auch Macht. Obwohl sie seit Langem in der Forschung kritisiert und dekonstruiert werden,⁴⁴ führen Meistererzählungen, wie wir gleich sehen werden, in Geschichtsschreibung und Öffentlichkeit ein zähes Eigenleben.

2. Demokratie in Deutschland – Elemente der Meistererzählung

Zwei mächtige Akteure: die Historiker und ein Museum

Nicht ein Historiker oder eine Historikerin, sondern ein Museum hat die neue Meistererzählung der Bundesrepublik zum ersten Mal massenwirksam erzählt, und das auf besonders eindringliche und anschauliche Weise.⁴⁵ Nachdem Bundeskanzler Helmut Kohl 1994 nach jahrelangen Vorarbeiten in Bonn das Haus der Geschichte der Bundesrepublik eröffnet hatte, durften die Besucherinnen und Besucher der dortigen Dauerausstellung nicht nur eine völlig neuartige museale Gestaltungsweise, sondern vor allem eine neue Geschichte ihres Landes erleben. Und diese Geschichte unterschied sich vom älteren, kritischen Narrativ markant.⁴⁶ Das Haus, das aus dem Bundeshaushalt finanziert wird und zu den meistbesuchten Ausstellungshäusern der Bundesrepublik gehört, erzählte nämlich von Anfang an eine *demokratische Erfolgsgeschichte* in identitätsstiftender Absicht und lieferte damit den Prototyp der neuen Erzählung.⁴⁷ Sie wurde in den 1990er Jahren zunächst noch sehr kontrovers diskutiert,⁴⁸ mauserte sich aber um die Jahrtausendwende zur neuen Meistererzählung.

Als zweiter Akteur, der bei der Konstruktion und Etablierung der neuen Meistererzählung maßgeblich mitgewirkt hat, ist die deutsche Geschichtswissenschaft zu nennen. So haben sich seit Mitte der 1990er Jahre vornehmlich jüngere Historiker – es sind allesamt Männer – daran gemacht, in großen Gesamtdarstellungen die Geschichte der Bundesrepublik für ein größeres Lesepublikum zu erzählen und dabei gegenüber dem bisherigen Narrativ eine neue Perspektive zu entwickeln.⁴⁹ Obwohl die Geschichte der Bundesrepublik bei Weitem nicht so breit und tief erforscht ist wie etwa die der nationalsozialistischen Diktatur, greifen diese Historiker bei der Erarbeitung ihrer Synthesen auf eine mittlerweile reiche, aber durchaus kontroverse Forschungsliteratur zu den zentralen Aspekten der Geschichte der Bundesrepublik zurück. Gemeinsam ist den Autoren der Synthesen dabei, dass sie nicht aus einer fachlichen oder politischen Rand- oder gar Außenseiterposition heraus erzählen. Sie sind vielmehr fest im Fachdiskurs verankert und genießen als Universitätsprofessoren sowohl in ihrer Disziplin als auch in einer interessierten Medienöffentlichkeit einen ausgezeichneten Ruf.

Alle Gesamtdarstellungen, die im Folgenden als Belege für die neue Meistererzählung herangezogen werden, erzählen die Geschichte der Bundesrepublik in differenzierter Weise und in kritischer Absicht. So arbeiten sie problematische Entwicklungen zum Beispiel im Verhältnis zwischen Bund und Ländern, die Ambivalenzen des Sozialstaats, strukturelle Probleme – etwa bei den Themen Soziale Ungleichheit und Demographie – oder Defizite in der Migrationspolitik heraus. Damit bewegen sie sich auf der Höhe der Forschung, sparen nicht mit kritischem Urteil und stimmen mitnichten platte Lobgesänge an. Gleichwohl erzählen sie – mit deutlich unterschiedlichen Akzentuierungen – aufs Ganze gesehen die Geschichte der Bundesrepublik als eine beachtliche Erfolgsgeschichte. Dies mag zum ersten am Zeitpunkt des Erzählens liegen: Die Darstellungen sind alle nach der Wiedervereinigung und in ihrer Mehrzahl nach der Überwindung der akuten Vereinigungskrise, die bis in die frühen 2000er Jahre reichte, entstanden. Zum zweiten spielen die normativen Voraussetzungen, von welchen die Erzählung aus entfaltet wird – also etwa die Frage, welchem Leitbild eines demokratischen Gemeinwesens der jeweilige Verfasser folgt – eine wichtige Rolle: Eine demokratische Republik, die sich durch gesellschaftliche Liberalität und Vielfalt, kulturelle Diversität, soziale Stabilität sowie eine aktive Bürgergesellschaft auszeichnet, eine Nation, die als Erinnerungskollektiv ihre eigenen Verbrechen konsequent aufarbeitet, ein Staat, der auf Grund seiner ökonomischen Stärke, seiner Weltoffenheit und seiner vertrauensbildenden Außenpolitik international Anerkennung erworben hat – kurz gesagt: Jene Bundesrepublik Deutschland des beginnenden 21. Jahrhunderts, die, noch während die Verfasser an ihren Büchern geschrieben haben, einige bemerkenswerte Liberalisierungsschübe durchlaufen hat, bildet den perspektivischen Fluchtpunkt der Erzählung, und dies nicht nur in zeitlicher, sondern auch in normativer Hinsicht. Dieser Fluchtpunkt wirkt nun umso spektakulärer, je deutlicher man ihn auf die Ausgangsbedingungen der Jahre nach 1945, also auf den Beginn der Erzählung, bezieht.

Der dritte Grund, warum alle großen Gesamtdarstellungen der jüngeren Zeit auf eine fulminante Erfolgsgeschichte hinauslaufen, liegt in der Struktur des chronologischen Erzählens selbst. Während der Literaturwissenschaftler Hayden White den großen Historikern des 19. Jahrhunderts noch nachweisen konnte, sie hätten ihre Erzählungen an den kulturell tief eingewurzelten Sinnbildungsmustern der Tragödie, der Komödie, der Satire und der Romanze orientiert, wird man einen derartigen Schematismus nicht mehr so ohne Weiteres den Historikern des beginnenden 21. Jahrhunderts attes-

tieren können.⁵⁰ Trotzdem lässt allein der Akt des chronologischen, synthetisierenden Erzählens unweigerlich bestimmte Sinnbildungsmuster hervortreten, die wiederum vom Stand- oder »Sehepunkt« des Erzählers (Johann Martin Chladenius) abhängen. Man kann daher auch fragen, warum Historiker nach all der scharfen Kritik, die am synthetisierenden Erzählen großer Geschichten geübt worden ist, noch immer unverdrossen und erkennbar in der Tradition des 19. Jahrhunderts große nationale Gesamtdarstellungen schreiben.⁵¹ Offenkundig bedienen die großen Erzählungen zur Geschichte der Bundesrepublik ein weit verbreitetes Bedürfnis nach narrativer Orientierung. Doch diese eher akademische Debatte braucht in unserem Zusammenhang nicht weiter zu interessieren. Jedenfalls scheint zu gelten: Wer im frühen 21. Jahrhunderts von einem linksliberalen Standpunkt aus die Geschichte der Bundesrepublik in ihrer zeitlichen Abfolge als eine in sich schlüssige Gesamtgeschichte erzählt, landet aller kritischer Einlassungen zum Trotz unweigerlich bei einer Erfolgs- und Ankunftserzählung.⁵² Der Berliner Historiker Paul Nolte hat diesen Befund wie folgt formuliert: »Die Geschichte der Bundesrepublik erscheint in ihren Darstellungen vielfach als eine Demokratiegeschichte und als eine – wenn nicht teleologische, dann doch progressive – Erlösungs-, Erfüllungs- und Ankunftsgeschichte.«⁵³

Die folgende Analyse wird die großen Überblicksdarstellungen zur Geschichte der Bundesrepublik nicht nach ihrem Beitrag zur Forschungsdiskussion oder nach ihrem Innovationsgehalt befragen. Sie erhebt vor allem nicht den Anspruch, der vielfach differenzierten, auf hohem Niveau entwickelten Argumentation der Autoren gerecht zu werden. Vielmehr fragen die folgenden Betrachtungen nach dem Beitrag, den die Gesamtdarstellungen zur Bundesrepublik zur neuen Meistererzählung geleistet haben. Dabei geht keines der erwähnten Werke in der Meistererzählung auf oder erzählt sie gar in Reinform; die meisten distanzieren sich sogar explizit davon, eine einfache Ankunfts- oder Erfolgsgeschichte erzählen zu wollen. Allem kritischen Überschuss zum Trotz wirken sie dennoch, wenn man sie auf die dominanten narrativen Grundlinien und Deutungsmuster reduziert, an der neuen Meistererzählung mit. Diese ist, schon allein im Interesse ihrer Memorierbarkeit und Wirksamkeit, naturgemäß einfach gestrickt. Im Mittelpunkt der folgenden Betrachtung stehen daher die wenigen, relativ simplen Aspekte und Deutungsmuster, die in den großen Darstellungen mit Nachdruck zur Geltung kommen und die in ihrer Summe die neue Meistererzählung ausmachen.⁵⁴ Was also zeichnet diese Erzählung nun aus?

Der nachgereichte Gründungsmythos

Zunächst ein Moment, das man als den »nachgereichten Gründungsmythos« bezeichnen könnte: Hatte die Verabschiedung des Grundgesetzes die Bürgerinnen und Bürger im Mai 1949 noch herzlich wenig bewegt, so ist die Verfassung in den 70 Jahren ihrer Geltung – trotz ihrer vielen Änderungen – in der politischen Kultur unseres Landes zu einer hoch geachteten Fundamentalnorm herangereift.⁵⁵ Dies lässt sich nicht nur am Tenor der zahlreichen gelehrten Sammelbände ablesen, die bei jedem Verfassungsjubiläum aufs Neue anfallen, sondern auch an der Art und Weise, wie diese Jubiläen begangen werden. Sie werden seit 1989 mit wachsendem Aufwand als große Bürgerfeste gefeiert, für die zumal die neue Bundeshauptstadt Berlin die passende historische Kulisse abgibt. Insofern erstaunt es, wie spät die Verfassungsgebung als Thema musealer Erinnerung entdeckt wurde. So eröffnete erst 1998 auf Schloss Herrenchiemsee eine eigens der Entstehung des Grundgesetzes gewidmete Erinnerungsstätte ihre Pforten.⁵⁶

Einen starken Akzent hatte allerdings bereits das Bonner Haus der Geschichte in seiner ersten Dauerausstellung von 1994 auf das Grundgesetz gelegt und die Inszenierung der Verfassungsgebung in die 2012 überarbeitete Schau weitgehend übernommen: Ein roter Teppich, auf dem die



Abb. 1: Das Grundgesetzjubiläum als Bürgerfest in Berlin am 23. Mai 2009

Stationen auf dem Weg zum Grundgesetz nacheinander gezeigt werden, beschreibt die zentrale Achse des Ausstellungsraums. Gegen Ende des Teppichs enthält eine Glasvitrine die Reliquien der Staatsgründung: ein wuchtiges, allegorisches Tintenfass, eine Auslage von Füllfederhaltern, das von Konrad Adenauer zur Unterzeichnung des Grundgesetzes verwendete Schreibgerät und ein kleines Foto, das Adenauer am 8. Mai 1949 bei der Unterschrift zeigt. Eine letzte Vitrine birgt schließlich das Allerheiligste: Ein Faksimile der Originalausgabe des Grundgesetzes, gebettet auf schwarz-rot-goldener Trikolore. Die Stirnwand am Ende des Raums zeigt das Monumentalgemälde »Germania« von Philipp Veit, das 1848 im Plenarsaal der Paulskirche hing. Eine Fahne vom Hambacher Fest 1832 sowie ein Holzmodell der Paulskirche runden das Ensemble ab. Charakteristisch für die neue Meistererzählung ist nun die Art und Weise, wie hier der Akt der Verfassungsgebung von 1948/49 ins Zentrum gerückt und dabei unter Rückgriff auf eine religiöse Formensprache überhöht wird. Denn der rote Teppich, die Achsensymmetrie, die Linearität des Arrangements, der gleich einer Berührungsreliquie ausgelegte Füllfederhalter, die Präsentation des Grundgesetzes wie eine Altarbibel – diese Anklänge an christliche Symboliken heben die Verfassungsgebung der Bundesrepublik aus dem historischen Ablauf



Abb. 2: Reliquien der Staatsgründung, Dauerausstellung im Haus der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland

markant heraus und verleihen ihr eine zivilreligiöse Aura.⁵⁷ Diese wird noch dadurch unterstrichen, dass der historische Kontext – etwa die externen Einflüsse gesellschaftlicher Gruppen auf die Arbeit des Parlamentarischen Rats, die noch Thema der ersten Dauerausstellung waren – in der überarbeiteten Version seit 2012 weitgehend ausgeblendet werden.

Unter Zeithistorikern ist mittlerweile unbestritten, dass sich das Grundgesetz als Ordnungsrahmen unserer Demokratie bestens bewährt hat. »Die Väter und Mütter des Grundgesetzes schufen den Rahmen für die freieste Demokratie, die je auf deutschem Boden existiert hat«, so formuliert es der Heidelberger Historiker Edgar Wolfrum mit Emphase.⁵⁸ Im Licht der neuen Meistererzählung hat sich das Grundgesetz nämlich als eine Verfassung erwiesen, die dem demokratischen Gemeinwesen Kontinuität und Stabilität, seinen Bürgerinnen und Bürgern effektiven Grundrechtsschutz, Teilhabe und Rechtsstaatlichkeit ermöglicht. Allerdings beschränkt sich die Bedeutung des Grundgesetzes auch im Licht der Meistererzählung auf die einer zwar notwendigen, doch durchaus nicht hinreichenden Bedingung einer gelingenden Demokratie. Nach den Lektionen, die das 20. Jahrhundert den liberalen Verfassungsenthusiasten erteilt hat, findet sich auch nach 70 Jahren Bewährung kaum jemand, der das Grundgesetz zum alleinigen Erfolgsgeheimnis der Bundesrepublik oder zum Bollwerk der Demokratie stilisieren würde.⁵⁹ Neben denjenigen Verfassungsartikeln, die die Bildung stabiler Regierungen begünstigen, sind es insbesondere die freiheitsverbürgenden Gehalte, also der Grundrechtsteil und seine dezidiert liberale Auslegung durch das Verfassungsgericht, denen das Grundgesetz seine über Jahrzehnte hin wachsende Wertschätzung verdankt. Diese Wertschätzung findet auch in der Meistererzählung ihren Niederschlag, die sich darin von der älteren Sicht deutlich unterscheidet. Verfassungsrechtler weisen gerne darauf hin, dass das Grundgesetz sogar global zu einer »vielbeachteten und sehr geschätzten Verfassung« avancierte.⁶⁰ Vor allem: Der ursprüngliche Makel, nur für den Weststaat zu gelten, ist seit 1990 geheilt.

Option für den Westen

Die »Option für den Westen« (Ludolf Herbst) bildete eine fundamentale Richtungsentscheidung der frühen Bundesrepublik, mehr noch: Sie bleibt bis in die Gegenwart hinein eine Konstante bundesrepublikanischer Außenpolitik. Im Licht der ökonomischen und politischen Rahmenbedingungen der Nachkriegsjahre drängte sich die Westbindung zwar förmlich auf und wurde von den Westalliierten, namentlich von den USA, mit mehr



Abb. 3: Modell der Frankfurter Paulskirche. Im Hintergrund eine Kopie des vermutlich von Philipp Veit stammenden Monumentalgemäldes »Germania«, Dauerausstellung im Haus der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland

oder weniger sanftem Druck forciert. Doch bedeutete sie zugleich eine markante Abwendung von jenen Traditionen deutscher Außenpolitik, die ausgehend von einer geographischen »Mittellage« Deutschlands und mit beträchtlichem ideologischem Überbau ein wenig berechenbares Spiel mit mehreren Bündnisoptionen betrieben hatte; entsprechend umkämpft war die eindeutige Option für den Westen in ihren Anfangsjahren. Neu waren zudem die gezielt forcierte Einbindung Westdeutschlands in multilaterale Bündnisse und Vertragssysteme und im Zuge dessen der ebenso bewusste Verzicht auf jene vollen staatlichen Souveränitätsrechte, die man allerdings ohnehin nicht besaß.

Die Politik der Bindung an den Westen vollzog sich bekanntlich im Rahmen des 1946/47 einsetzenden Kalten Krieges, der in allen seinen Phasen bis 1990 die Determinanten der bundesdeutschen Außenpolitik setzte und ihr damit einiges vom Charakter einer wirklichen Option nahm. Zur »Option für den Westen« gehörten immerhin die noch vor der Gründung der Bundesrepublik beginnende ökonomische Integration Westdeutschlands in den westeuropäischen und atlantischen Wirtschaftsraum (Marshall-Plan



Abb. 4: Option für den Westen: Konrad Adenauer am Tag der Unterzeichnung des Petersberger Abkommens am 22. November 1949, Dauerausstellung im Haus der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland

1948/49, Beitritt zur »Organization for European Economic Cooperation« (1949), das Petersberger Abkommen vom 22. November 1949, sodann die mit dem Schumann-Plan 1950/51 einsetzende, schrittweise und von allerlei Rückschlägen begleitete europäische Integration, die militärpolitische Einbindung der Bundesrepublik in die Bündnissysteme der Westeuropäischen Union (1954) und der NATO (1955) sowie überhaupt eine eng mit den Westmächten abgestimmte Außenpolitik.⁶¹

In der Historiographie zur Bundesrepublik wurde die unter dem vielfachen Primat der Sicherheit stehende Politik der Westbindung als gravierender, ja »revolutionärer Bruch« (Hermann Graml) mit den Traditionen deutscher Außenpolitik gedeutet.⁶² Dabei sah sich die bundesdeutsche Außenpolitik zwar immer wieder zu Akzentverschiebungen und Anpassungen an die welt- und bündnispolitische Gesamtlage gezwungen, etwa bei der Aufgabe der Hallstein-Doktrin in den späten sechziger Jahren, im Zuge der neuen Ostpolitik der frühen siebziger Jahre oder beim Streit um den NATO-Doppelbeschluss zu Beginn der achtziger Jahre.⁶³ Doch ging die »Option für den Westen« erkennbar mit einer insgesamt friedlichen Entwicklung sowie mit wachsendem Wohlstand, schrittweisem Souveränitätsgewinn und zunehmender internationaler Anerkennung einher. Auch deshalb galt und gilt sie bis heute als Teil der deutschen Staatsräson.⁶⁴

Schon in den achtziger Jahren waren auch solche Historiker, denen jede Form von Adenauer-Apologie fern lag, zu dem Eingeständnis bereit, dass die Politik der konsequenten Westbindung zu des ersten Kanzlers unbestreitbaren Verdiensten gehörte, ja als »Glücksfall deutscher Geschichte« gelten durfte, weil sie das Ende des deutschen Sonderwegs bedeutet habe.⁶⁵ Überhaupt war man sich spätestens seit den 1980er Jahren in der positiven Beurteilung der konsequenten Politik der Westbindung zunehmend einig, nachdem Hans-Peter Schwarz in bahnbrechenden Studien Konrad Adenauers Politik der Westbindung nicht nur in ihren taktischen Winkelzügen und sektoralen Verästelungen, sondern auch in ihren Grundsätzen und in ihrer »Totalität«⁶⁶ eindringlich analysiert hatte. Dabei haben Historiker die Motive und Intentionen des ersten Bundeskanzlers durchaus unterschiedlich bewertet und etwa darüber gestritten, ob die von Adenauer betriebenen Weichenstellungen einer möglichen Wiedervereinigung im Wege standen oder sie vielmehr *a la longue* vorbereiteten. Christoph Kleßmann etwa gelangte noch 1988 zu dem Schluss, hinsichtlich der Vorstellung von der »Vereinbarkeit von Westintegration und Wiedervereinigung«

sei die konsequente Westorientierung »eklatant« gescheitert.⁶⁷ Kaum ein Historiker würde heute noch so urteilen, schon gar nicht im Licht der neuen Meistererzählung. Schon früh wurde darüber hinaus auch die Entspannungs- und Ostpolitik der sozialliberalen Koalition nicht als ein gegen die Westoption gerichteter Kurswechsel betrachtet, sondern als ihr notwendiges Gegenstück im Zeichen weltweiter Entspannungspolitik.⁶⁸ Das frühe Selbstverständnis der Bundesrepublik als Frontstaat im Ost-West-Konflikt wurde keine dreißig Jahre nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs abgelöst von dem einer Friedens- und Entspannungsmacht in der Mitte Europas, symbolkräftig bestärkt durch die Verleihung des Friedensnobelpreises an Bundeskanzler Willy Brandt im Jahr 1971.

Im Blick auf die Außenpolitik der Bundesrepublik nahm die neue Meistererzählung an diesen bereits früher formulierten Deutungen von Westbindung und Ostpolitik keine maßgeblichen Korrekturen vor. Konrad Adenauers Politik der Westbindung wie Willy Brandts neue Ostpolitik hätten auf den Prinzipien der Versöhnung und Vertrauensbildung sowie des Gewinns von Handlungsspielräumen beruht, so Edgar Wolfrum in seinem Buch »Die geglückte Demokratie«. Das in beiden politischen Konzeptionen enthaltene Element der Versöhnung diene, so Wolfrum weiter, »letztlich instrumentell ebenfalls einer künftigen Vereinigung, denn gegen den Willen der anderen Mächte und ohne ihr Vertrauen war eine solche überhaupt nicht denkbar.«⁶⁹ Das hier aufscheinende Argument, die Bundesrepublik habe in ihrer West- wie in ihrer Ostpolitik über vier Jahrzehnte hin Vertrauen akkumuliert, das sich bei der international schwierigen Absicherung der Wiedervereinigung endlich ausgezahlt habe, hat die Meistererzählung besonders stark gemacht.⁷⁰

Eine ebenso raffinierte wie in ihrer Teleologie bestreitbare Variante dieses Arguments hat der Berliner Historiker Heinrich August Winkler entwickelt. Winkler zufolge gehörten »Westbindung und Ostpolitik« gleichermaßen zu den »Grundlagen der Wiedervereinigung«, mehr noch: »Auf dialektische Weise« hätten sogar »die Gegner der Einheit [also etwa Oskar Lafontaine und die »Grünen« der Jahre 1989/90, T.H.] zur Einheit beigetragen«. Denn mit ihrem Beharren darauf, dass die »deutsche Teilung eine Folge deutscher Politik« gewesen sei, hätten sie mitgeholfen, den deutschen Nationalismus endlich zu überwinden und damit eine weitere Voraussetzung für die im Ganzen erfolgreiche Wiedervereinigung geschaffen. Denn »ein Deutschland, von dem eine nationalistische Politik zu erwarten war, hät-

te den Zwei-plus-Vier-Vertrag nie erhalten.«⁷¹ In dieser Sicht war also bei der wichtigsten Zäsur der bundesdeutschen Geschichte eine Hegelsche List der Vernunft am Werk, die dafür sorgte, dass auch noch aus gänzlich widerstrebenden Bewegungen am Ende ein vernünftiges Ganzes, nämlich die deutsche Einheit unter westlichen, »postnationalen« Vorzeichen, entstand.⁷² Angesichts solcher Urteile ist es wenig verwunderlich, dass Winklers Buch »Der lange Weg nach Westen« bereits in einer frühen Würdigung als »sinnstiftende Meistererzählung« für die Berliner Republik bezeichnet wurde.⁷³ Alles in Allem aber bildet Winklers einflussreiches Werk, das ebenso ausdrücklich wie konsequent auf den perspektivischen Fluchtpunkt der »Ankunft im Westen« hin geschrieben ist, nur eine besonders prägnante Variante der Meistererzählung.



Abb. 5: Neue Ostpolitik: Kniefall von Bundeskanzler Willy Brandt vor dem »Denkmal der Helden des Ghettos« in Warschau am 7. Dezember 1970, Dauerausstellung im Haus der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland

Institutionen, Verfahren, Praktiken

Dass die demokratische Institutionenordnung der Bundesrepublik sich wider Erwarten als außergewöhnlich stabil erwiesen hat, gilt in der historischen Literatur als Gemeinplatz – zu Recht. »Aus den Trümmern, die der Nationalsozialismus hinterlassen hatte, war in erstaunlich kurzer Zeit ein stabiles Gemeinwesen entstanden, in dem sich eine freiheitliche Verfassung mit ihren Institutionen herausbilden und Wurzeln schlagen konnte«, so der Marburger Historiker Eckart Conze in seiner umfangreichen Geschichte der Bundesrepublik.⁷⁴ Innenpolitische Krisen wie die Spiegel-Affäre von 1962 oder der Terrorismus der »Rote Armee Fraktion« in den 1970er Jahren riefen zwar heftige Konflikte hervor und führten die Republik in der Wahrnehmung der Zeitgenossen an den Rand der Staatskrise. Doch hatten sich die Institutionen und Verfahren des demokratischen Verfassungsstaats als stark und lernfähig zugleich erwiesen. »Wichtig blieb«, so stellte der Münsteraner Politologe Dietrich Thränhardt 1996 im Blick auf den Ausgang der Spiegel-Affäre fest, »dass aus dieser politischen Krise nicht wie zuvor so oft in der deutschen Geschichte die Staatsmacht, sondern die Öffentlichkeit als Sieger hervorgegangen war.«⁷⁵ Und die Folgen des »Deutschen Herbstes« von 1977 resümiert der Freiburger Historiker Ulrich Herbert in seiner »Geschichte Deutschlands im 20. Jahrhundert« wie folgt: »Aber unbestreitbar gewann die Demokratie der Bundesrepublik in der Auseinandersetzung mit dem Terror eine ‚emotionale Akzeptanz‘, die sie bis dahin, jedenfalls im nationalkonservativen Spektrum der Bevölkerung, nicht besessen hatte.« Hier habe der westdeutsche Staat eine wichtige Bewährung bestanden.⁷⁶ Dieses Interpretationsmuster ist charakteristisch für die neue Meistererzählung.

Das Bonner Haus der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland führt die Stabilität der demokratischen Institutionen am Beispiel der Verfassungsorgane und der Wahlen auf besondere Weise vor Augen: Der in Teilen nachgebaute Bonner Plenarsaal des Bundestages lädt raumgreifend zum Mitmachen ein und zeigt das Parlament als Herzkammer der neuen Demokratie. Bei den entscheidenden Akten demokratischer Souveränitätsausübung, den Bundestagswahlen, greifen die Bonner sodann zum rhetorischen Mittel der repetitio: Wieder und wieder begegnen wir beim Rundgang ähnlich gestalteten, stilisierten Wahlkabinen, die jeweils für eine Bundestagswahl stehen. Wahlen und die darauf folgende Regierungsbildung erscheinen somit als verlässliches Metrum der Demokratie, und die Ausstellung versäumt nicht zu zeigen, wie auch aus den dramatischsten Wahlen noch stets



Abb. 6: Herzkammer der Demokratie: Der in Teilen nachgebaute Plenarsaal des Deutschen Bundestags, Dauerausstellung im Haus der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland

eine stabile, handlungsfähige Regierung hervorgegangen ist. Über alle rasanten Veränderungen und krisenhaften Entwicklungen hinweg hat der beruhigende Rhythmus von Wahlen und geordneten Regierungsbildungen den Takt der deutschen Nachkriegsdemokratie bestimmt und im Ergebnis damit stets für jene Stabilität und Kontinuität gesorgt, in der Zeithistoriker bis heute ein Charakteristikum der Bundesrepublik beschreiben.⁷⁷

Dieses Charakteristikum ist zum einen vor dem Erfahrungshintergrund der deutschen Geschichte in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts von Bedeutung, die gerade nicht von Kontinuität, sondern von heftigen Brüchen gekennzeichnet war. Bemerkenswert ist die immer wieder betonte Kontinuität in der mittlerweile siebzigjährigen Geschichte der Bundesrepublik zum andern aber auch deshalb, weil andere europäische Nationen wie Frankreich, Griechenland, Portugal, Spanien oder Italien auch in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts regelrechte Systemwechsel oder zumindest den Zusammenbruch ihres Parteiensystems erleben mussten. Sogar Großbritannien, das Musterland historisch tief verwurzelter politischer Tra-



Abb. 7: Im Takt der Demokratie: Stilisierte Wahlkabine, Dauerausstellung im Haus der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland

ditionen, hat mit der *Thatcher revolution* der 1980er Jahre einen ziemlich abrupten Kurswechsel und den radikalen Umbau wichtiger traditioneller Institutionen erfahren. Demgegenüber erwies sich das Institutionengefüge der Bundesrepublik als derart stabil, dass nicht einmal der Zusammenbruch der DDR und die daraus hervorgehende Wiedervereinigung einen Regimewechsel erzwangen, eine Verfassungsreform auslösten oder auch

nur eine Regierungskrise herbeiführten.⁷⁸ Die realistische Theorie der Demokratie, die auf demokratische Prozeduren der Wahl, der Repräsentation, der Entscheidungsfindung sowie der Bildung einer handlungsfähigen Regierung abhebt, findet in diesem Moment der Meistererzählung, welches das kontinuierliche Funktionieren der Institutionen betont, eine späte Bekräftigung.⁷⁹ Diese bemerkenswerte Stabilität hat jedoch ihren Preis. So hat unter den Historikern, die die Meistererzählung kritisch reflektierten, vor allem Eckart Conze darauf hingewiesen, dass die verblüffende Kontinuität der Institutionen und ihres geregelten Zusammenspiels die Republik gegen Ende des 20. Jahrhunderts »auch relativ immobil und reformunfähig« gemacht habe und ihr damit enorme Lasten aufbürdete.⁸⁰

Wohlstand für alle – im »Modell Deutschland«

Wie alle europäischen Volkswirtschaften erlebte Westdeutschland in den Nachkriegsjahren einen beispiellosen Wirtschaftsboom, der mit einer durchschnittlichen pro-Kopf-Wachstumsrate von 9,2 Prozent (1948–1960) im europäischen Vergleich durchaus spektakulär ausfiel.⁸¹ Der weitgehend intakte Kapitalstock, die außerordentlich günstigen weltwirtschaftlichen Rahmenbedingungen, ein großes Potenzial qualifizierter Arbeitskräfte, die Währungsreform und ordoliberalere Weichenstellungen sowie *last not least* eine »produktive Ordnungspolitik« (Wolfgang Abelshäuser)⁸² – diese sehr unterschiedlich gelagerten Faktoren zusammen mögen das sogenannte »Wirtschaftswunder« aus heutiger Sicht erklären.⁸³ Hinsichtlich der Auswirkungen des »Wirtschaftswunders« sind sich die Historiker vor allem darin einig, dass die rasante Entfaltung von Ökonomie und Konsumgesellschaft maßgeblich zur Akzeptanz der jungen Demokratie beigetragen hat.⁸⁴

.....

Die noch in den 1980er Jahren geäußerte Vermutung, die bundesdeutsche Demokratie würde eine schwere ökonomische Krise nicht überstehen, hat die neue Meistererzählung beherzt ad acta gelegt und einer Umwertung unterzogen.

.....

Dabei spielt in der Perspektive der Meistererzählung weder die konservative noch die linke Kritik am Massenkonsum eine Rolle. Im Licht der Meistererzählung war es gerade der Konsum, der es den Bürgerinnen und Bürgern



Abb. 8: Ikone des Wirtschaftswunders: Ein Exportmodell des VW-Käfer, Dauerausstellung im Haus der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland

der jungen Republik beträchtlich erleichtert hat, jenen »Weg nach Westen« auch mental mitzugehen, den der erste Kanzler schon früh auf dem Feld der Außen- und Sicherheitspolitik so beherzt eingeschlagen hatte: »Wie eine zweite Welle der *re-education*« habe das »begierige Eintauchen der Bundesrepublik in die konsumistische Moderne des Westens« gewirkt, stellte der Hamburger Historiker Axel Schildt 1999 in seinem Buch »Ankunft im Westen« fest.⁸⁵

Im Museum illustrieren ein steil aufwärts gerichteter VW-Käfer, das weit-räumige Arrangement von Exportware und vor allem die wiederholte Konfrontation mit zeitgenössischen Konsumgütern eindrücklich das Narrativ der erfolgreichen Wirtschaftsnation. Mit großer Lust am Zeigen und ganz frei von Ambivalenzen wird dieses Moment den Besucherinnen und Besuchern vor Augen geführt. Auch hier steht die wachsende Vielfalt an Konsumgütern für das Modell der *consumer democracy*, die den Bürgerinnen und Bürgern neue Optionen eröffnet, und zwar nicht nur beim Kaufen, sondern auch auf Feldern der individuellen Distinktion und der öffentlichen Konstruktion des eigenen Selbst – etwa als »moderne Frau«, die raucht,



Abb. 9: Konsumgüter der Wirtschaftswunderjahre, Dauerausstellung im Haus der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland

Auto fährt und dabei kurze Röcke trägt.⁸⁶ Die Pluralisierung und Individualisierung der Lebensstile, die der Soziologe Ulrich Beck seit den 1980er Jahren so betonte, wäre ohne die sich immer weiter entfaltende Konsumgesellschaft kaum denkbar.⁸⁷

Die noch in den 1980er Jahren geäußerte Vermutung, die bundesdeutsche Demokratie würde eine schwere ökonomische Krise nicht überstehen, hat die neue Meistererzählung beherzt ad acta gelegt und einer Umwertung unterzogen. In der neueren Historiographie und darüber hinaus wird der Bundesrepublik nämlich ihre Prosperität nicht mehr als Kompensation fehlenden demokratischen Bewusstseins, sondern als ausgeprägtes Aktivum angerechnet. Die Merkmale des seit den 1970er Jahren gefeierten »Modell Deutschland«⁸⁸ lauten: Wettbewerbsordnung, diversifizierte Qualitätsproduktion,⁸⁹ kooperative Strategien der Konfliktbewältigung, eine ausgetüftelte Tarifvertragsarchitektur, betriebliche Mitbestimmung und Sozialstaat. Dieses Modell war im Zeichen der ökonomischen Verwerfungen der 1970er und 1980er Jahre zwar modifiziert, keineswegs aber, wie etwa in Großbritannien, einer neoliberalen Rosskur unterzogen worden.⁹⁰ Eine mögliche

Erklärung dafür sieht der Marburger Historiker Eckart Conze darin, dass die Bundesrepublik den ökonomischen Strukturwandel und die Jahre der Stagflation besser und schneller überwunden hatte als vergleichbare Industrienationen. Auch auf dem Feld der politischen Ökonomie pflegte die Bundesrepublik also einen kontinuierlichen Kurs des Festhaltens an den Weichenstellungen und strukturellen Errungenschaften der frühen Jahre, die danach im Wesentlichen ausgebaut und bestenfalls etwas modifiziert worden waren.⁹¹

Schwieriger wird das Urteil im Blick auf die »Agenda-Politik« der zweiten rot-grünen Regierungskoalition unter Bundeskanzler Gerhard Schröder. Soweit dessen »Agenda 2010« in den neueren historischen Synthesen überhaupt behandelt wird, gelten zwar einzelne ihrer Elemente als Abweichungen von den herkömmlichen Pfaden deutscher Sozialstaatsentwicklung, insgesamt gesehen wird die Agenda-Politik jedoch nicht als radikaler Bruch interpretiert. Vor allem aber wird sie in der Meistererzählung aus dem enormen ökonomischen Handlungsdruck erklärt, der sich, ablesbar an der hohen Arbeitslosigkeit, seit der Wiedervereinigung aufgebaut hatte: »Die Agenda setzte hier einen Schlusspunkt, weil das tradierte Sozialmodell unbezahlbar geworden war und die dynamische Weiterentwicklung der Wirtschaft hemmte«, so das Urteil von Ulrich Herbert.⁹² Zu einem ähnlichen Schluss gelangt Edgar Wolfrum 2013 in seiner ausführlichen Analyse von »Rot-Grün an der Macht«: »2004 begann das Land, sich mit Ernst auf den globalen Wettbewerb, auf die Krise des Sozialstaates und auf die alternde Bevölkerung einzustellen [...] Deutschland erwies sich als reformfähig.«⁹³

Die Meistererzählung hat durch die Agenda 2010 insofern eine unerwartete Bekräftigung erfahren, als in ihrer historiographischen Deutung zwei ältere, verblasste Topoi bestätigt bzw. erneuert wurden: Die Bundesrepublik ist ein Land der evolutionären Reform, und sie ist und bleibt dabei gerade deshalb eine sehr erfolgreiche Wirtschaftsnation. War die Bundesrepublik mit ihrem »Modell Deutschland« noch um das Jahr 2000 im Zeichen von Stagnation und hoher Arbeitslosigkeit zum »kranken Mann Europas« erklärt worden, so hat eben jenes Modell ausgerechnet mit der Agenda-Politik der rot-grünen Regierung und erst recht seit der vordergründig raschen Bewältigung der Weltfinanzkrise nach 2008 eine ebenso verblüffende Renaissance erfahren.⁹⁴ »Die deutsche Wirtschaft hat [sich] seit mehr als 100 Jahren [...] auf lukrative Märkte konzentriert, auf denen sie auch heute noch außerordentlich erfolgreich ist. Es sind dies vor allem die Märk-

te der diversifizierten Qualitätsproduktion. Dort ist der deutsche Export kaum zu schlagen«, so jubelte der Bielefelder Wirtschaftshistoriker Werner Abelshauer 2011.⁹⁵ Und im Blick auf das deutsche Modell der Sozialen Marktwirtschaft mutmaßte Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier im Mai 2018, diese sei »ein Markenzeichen unseres Landes, ja sogar ein Vorbild für viele in der Welt.«⁹⁶

Konflikt, Protest, Zivilgesellschaft

In einer Gesamtbilanz hat der Mannheimer Historiker Philipp Gassert jüngst gezeigt, dass die bundesdeutsche Geschichte – angefangen vom »Stuttgarter Tumult« 1948 über die rebellierenden Studenten 1968 bis zu den Protesten gegen Stuttgart 21 – auch als eine Protestgeschichte geschrieben werden kann.⁹⁷ Ob Protest, wie Gassert meint, vor allem ein »Indikator«, kaum jedoch ein »Motor« gesellschaftlichen Wandels war und ob ihm »für produktive Lösungen [...] die Kraft« fehlte,⁹⁸ ist umstritten, auch unter Historikern.⁹⁹ So löste für den deutsch-amerikanischen Historiker Konrad Jarausch die Studentenrevolte noch in ihrem Scheitern »den Abbau autoritärer Strukturen, die Verbreitung emanzipierter Lebensformen und einen Zuwachs an Partizipation« aus, »die die westdeutsche Kultur tiefgreifend veränderten.«¹⁰⁰ Zudem wirkten Protestbewegungen für Generationen und Milieus identitätsstiftend, vor allem aber gelten sie im Licht der neuen Meistererzählung als Ausweis jener lebendigen Zivilgesellschaft, ohne die westliche Demokratien zu Beginn des 21. Jahrhunderts nicht mehr zu denken sind.¹⁰¹

Zur Freude von Ausstellungskuratoren haben Protestbewegungen, die ihre Anliegen ja stets medienwirksam visualisieren müssen, eine Fülle ausstellungsaffiner Relikte produziert. Keineswegs verschweigt man in der Bonner Ausstellung die schweren Konflikte zwischen den Protestierenden, den darauf empört oder mit Sympathie reagierenden Bürgern und der oftmals repressiv agierenden Staatsmacht, emblematisch verdichtet in Wasserwerfern und Stacheldraht. Das Begleitbuch zur Ausstellung ordnet die drastisch vor Augen geführten Konflikte während und im Gefolge der Studentenbewegung historisch wie folgt ein: »Die politischen Parteien und gesellschaftlichen Institutionen greifen Reformimpulse auf. [...] Zahlreiche Bürgerinitiativen und die feministische Frauenbewegung geben öffentlichen Debatten neue Anstöße.«¹⁰² Die Botschaft lautet mithin: Die Proteste haben die Republik zwar erschüttert, aber sie haben auch wesentlich zu ihrer Pluralisierung und Liberalisierung beigetragen.



Abb. 10: *Insignien der Revolte*, Dauerausstellung im Haus der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland

Im Kontrast zu den eher verklärenden Bildern, die in der Öffentlichkeit von den Studentenunruhen der späten sechziger Jahre zuweilen gezeichnet werden, schwankt die Geschichtsschreibung zur Bundesrepublik in ihrer Beurteilung der studentischen Revolte zwischen Wohlwollen, Skepsis und Ablehnung. Während Konrad Jarausch im studentischen Protest »einen wichtigen Beitrag zur Etablierung einer toleranten Zivilgesellschaft« sieht,¹⁰³ weist Ulrich Herbert auf dessen Ambivalenzen hin: »Die Gleichung, wonach



Abb. 11: Wasserwerfer und Schutzhelme gegen den Protest, Dauerausstellung im Haus der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland

selbst die radikalsten antiliberalen und antidemokratischen Ausprägungen von ›1968‹ im Effekt dennoch die fortschreitende Liberalisierung der westdeutschen Gesellschaft befördert hätten, geht nicht auf, sondern hinterlässt Widersprüche und offene Fragen.«¹⁰⁴ Noch weiter geht Eckart Conze, wenn er schreibt, die Studentenbewegung sei angesichts ihrer im Kern illiberalen Zielsetzung »zum Glück gescheitert«. Dann aber sieht er »1968« doch wiederum als »Teil eines Demokratisierungsschubs« und Moment der Liberalisierung und Verwestlichung der Bundesrepublik.¹⁰⁵ Dies gilt noch mehr für die neuen sozialen Bewegungen der folgenden Jahrzehnte, die, so Edgar Wolfrum, erkennen lassen, dass »die Deutschen zu erwachsenen Demokraten geworden sind.«¹⁰⁶ Bei aller Differenzierung im Einzelnen scheint in der Beurteilung von Protestbewegungen eine zentrale Denkfigur der Meistererzählung auf: *A la longue* erscheinen sie nicht mehr als jener Sand im Getriebe, als der sie sich sahen oder gar als jene Bedrohung der Demokratie, die ihre Gegner zeitgenössisch empfunden haben, sondern letztlich als Agenturen der gesellschaftlichen Liberalisierung, der kulturellen Öffnung, der Ausweitung von Partizipationschancen und der Herausbildung einer diskutierenden, ja einer deliberativen Demokratie.¹⁰⁷

Insgesamt hat sich also die Bundesrepublik als eine »lernende Demokratie« erwiesen – so der Titel eines Sammelbandes des Wissenschaftszentrums Berlin von 1999.¹⁰⁸

.....

So wird dem alten Mythos vom Wirtschaftswunder in der neuen Meistererzählung das »Demokratiewunder« an die Seite gestellt.

.....

Nicht nur die Aufnahme der von Protestbewegungen artikulierten *Themen* in den politischen Prozess, sondern vor allem auch der durch Protest bewirkte oder beschleunigte *Formwandel* der Demokratie selbst macht die Bundesrepublik zu einer »lernenden Demokratie«. ¹⁰⁹ Der Lernprozess bestand demzufolge darin, dass nicht nur Parlamente, sondern auch Bürgerinitiativen, Bürgerdialoge und runde Tische als legitime Momente des demokratischen Lebens anerkannt werden und eine »lebendige Zivilgesellschaft« als neues Ferment der Demokratie entdeckt wird. ¹¹⁰ So wird dem alten Mythos vom Wirtschaftswunder in der neuen Meistererzählung das »Demokratiewunder« ¹¹¹ an die Seite gestellt: »Das Aufregende an der Geschichte der Bundesrepublik ist, dass die Katastrophe ausblieb und dieser Staat zu einer der stabilsten und angesehensten westlichen Demokratien geworden ist«, so lesen wir es in Edgar Wolfrums Buch »Die geglückte Demokratie«. ¹¹²

Liberalisierung

Vor dem Hintergrund eines vorwiegend auf die politischen Institutionen bezogenen Begriffs von Demokratie, eines eher autoritär gefassten Staatsverständnisses und konservativen gesellschaftlichen Leitbildern in der Ära Adenauer gelten die frühzeitig einsetzende Liberalisierung und »Westerisierung« (Anselm Doering-Manteuffel) der Bundesrepublik als Fundamentaltrends in der Geschichte des Landes. In der jüngeren Forschung ist vor allem die Liberalisierung vielfach analysiert und als konfliktbehafteter Lernprozess interpretiert worden, den die Bundesrepublik in erstaunlich kurzer Zeit durchlaufen hat. ¹¹³ In der Regel nämlich sei, so Ulrich Herbert, die Veränderung von Einstellungen, Mentalitäten, Lebensweisen, kulturellen Normen und Traditionsbezügen ein sehr langwieriger, viele Jahrzehnte währender Vorgang. In Westdeutschland hingegen habe sich ein solcher Wandel aber bereits in der verblüffend kurzen Zeit zwischen 1945 und 1980



Abb. 12: Zeichen der Liberalisierung: Filmplakat aus dem Jahr 1971, Dauerausstellung im Haus der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland

vollzogen, und zwar als »Produkt gesellschaftlicher Erfahrungen und ihrer Verarbeitung«. ¹¹⁴ Der Abbau autoritärer Strukturen und Verhaltensmuster in Staat und Gesellschaft, die fortschreitende Emanzipation der Frau, die Liberalisierung sexueller Normen bis hin zur 2018 eingeführten »Ehe für alle« gehören ebenso dazu wie etwa Reformen im Strafrecht und im Staatsbürgerrecht sowie die erst spät einsetzende kulturelle Öffnung. Der Prozess umfasst also alle Bereiche des politischen und gesellschaftlichen Lebens und reicht »von der Familie bis zur Regierung«. ¹¹⁵

Die Liberalisierung, die bereits in den späten 1950er Jahren einsetzte, erscheint zudem nicht allein auf Grund ihres Tempos, sondern auch vor dem Hintergrund des extrem autoritären, entschieden antiliberalen Charakters der nationalsozialistischen Diktatur und ihrer langen Nachgeschichte in der Bundesrepublik ebenso erstaunlich wie erklärungsbedürftig. Die Meistererzählung bietet hierzu ein ganzes Bündel unterschiedlich gelagerter Erklärungen an: Das Zusammenwirken von Wohlstandsexplosion und demokratischem Verfassungsstaat, die katalysatorische Funktion großer Skandale wie etwa der Spiegel-Affäre von 1962, ¹¹⁶ die von den Medien vorangetriebene Einübung und Veralltäglichung von Kritik, die Protestbewegungen als »Experimentierraum für Pluralismus und Individualismus«, ¹¹⁷ die Diffusion generations- und milieuspezifischer Subkulturen in die Gesellschaft, ¹¹⁸ die Medien- und die Bildungsexpansion sowie überhaupt jener als »Westerisierung« bezeichnete Wandlungsprozess, der sich nach dem Zweiten Weltkrieg im gesellschaftspolitischen und kulturellen Austausch zwischen den USA und der Bundesrepublik vollzogen hat. ¹¹⁹ Dabei warnen die Meistererzähler zu Recht davor, den Prozess der Liberalisierung im Sinne eines geradlinigen Fortschritts zu deuten. Vielmehr vollzog sich die Liberalisierung in einem Wechselspiel aus Anläufen zu konservativ-kulturkritischer Rückbesinnung auf vermeintlich intakte Ideen und Werte der Zeit vor 1914 (»Humanismus«, »Sittlichkeit«, »Abendland« usw.) einerseits und eine dagegen aufbegehrende kulturelle Innovationsdynamik andererseits. Insgesamt jedoch kam, so Ulrich Herbert, die Liberalisierung und Demokratisierung der 1960er und 1970er Jahre einem »zweiten Gründungsakt« der Republik gleich, auch wenn der Weg dahin über Umwege und keineswegs stetig vorne führte. ¹²⁰

Ganz auf der Linie der Meistererzählung interpretiert der Berliner Historiker Heinrich August Winkler die Studentenbewegung der späten sechziger Jahre weniger als Motor denn vielmehr als *Folge* einer längst sich vollziehen-

den Liberalisierung: »Die APO bewies, was sie zu widerlegen trachtete: die Reformfähigkeit des demokratischen Systems. Und sie wäre schwerlich imstande gewesen, so viele gesellschaftliche Veränderungen aufzubrechen [...], wenn die Liberalisierung der Bundesrepublik nicht lange vor 1968 begonnen hätte.«¹²¹ In dieser Perspektive treten dann nicht nur bestimmte Protest- und alternative Bewegungen, sondern auch das Grundgesetz und das Bundesverfassungsgericht mit seiner frühzeitig vorangetriebenen, liberalen Auslegung der Grundrechte als Protagonisten der Liberalisierung hervor – nicht von Ungefähr hat der Verfassungsjurist Christoph Möllers diese Auslegungspraxis im Blick, wenn er von einer »permanenten Grundrechtsrevolution« spricht.¹²² An diesem Punkt wird besonders deutlich, wie die nach außen weltoffene, nach innen tolerante, inklusive Zivilgesellschaft den normativen Horizont der Meistererzählung bildet. Teilt man diesen Horizont, dann vermag die Bundesrepublik gerade im Licht der nationalsozialistischen Vergangenheit in der Tat eine beachtliche Erfolgsbilanz vorzuweisen. »Wir sind die Bunte Republik Deutschland, und auch deshalb so erfolgreich«, fasste Christian Wulff 2017 dieses Narrativ, das er bereits seiner Amtszeit als Bundespräsident zu Grunde gelegt hatte, zusammen.¹²³ Die Tiefe des nationalsozialistischen Zivilisationsbruchs vor Augen greift Konrad Jarausch gar zum Vokabular religiöser Erweckungsrhetorik, wenn er den gesamten Prozess der »Rezivilisierung« der Deutschen als »Umkehr« – so der Titel der deutschen Fassung seines Buches – interpretiert.¹²⁴

Dass sich Gesellschaft und Kultur der Bundesrepublik, wenn schon nicht geradlinig, so doch zusehends liberalisiert haben, ist also eine der Kernüberzeugungen der Meistererzählung. Das lässt sich zwar kaum bestreiten, doch neigt dieses Narrativ dazu, einerseits das untergründige Fortwirken jener Ausschlusspraktiken, die die frühen Jahre der Republik bestimmt haben, über all den Liberalisierungserfolgen zu übersehen. Entsprechend überrascht und betroffen fallen die Reaktionen dann aus, wenn in der so weitgehend liberalisierten Gesellschaft alte Ressentiments etwa gegenüber Ausländern, Gastarbeitern, Homosexuellen und anderen, nicht der vorherrschenden Norm entsprechenden Gruppen, wieder aufbrechen. Zugleich mögen andererseits solche überraschenden Ausbrüche illiberalen Denkens und Handelns vielleicht auch als Reaktionen auf jenen selbstgewissen Triumphalismus zu verstehen sein, der jede Liberalisierung umstandslos als weiteren Schritt ins Reich der Freiheit zu feiern pflegt.

Der erste Plot: Die Wiedervereinigung

Keine Erzählung ohne Plot. Die neue Meistererzählung hat gleich zwei davon, die sie ausführlich thematisiert. Den einen Plot bildet die Wiedervereinigung von 1989/90.¹²⁵ Dieser Plot hat es in sich, denn er heilt einen doppelten Mangel. Erstens beendet die Wiedervereinigung die nationale Anomalie der deutschen Teilung und entspricht damit der in der ursprünglichen Präambel des Grundgesetzes formulierten Aufforderung, »in freier Selbstbestimmung die Einheit und Freiheit Deutschlands zu vollenden«.

Diejenigen, die bis dahin im Fehlen einer erfolgreichen demokratischen Revolution den Geburtsfehler der neueren deutschen Geschichte hatten sehen wollen, wurden 1989 eines Besseren belehrt.

Alle Autoren der jüngeren historischen Synthesen beziehen die Geschichte der Wiedervereinigung mehr oder weniger intensiv auf jene transnationale



Abb. 13: Ein »Trabant« in der Dauerausstellung im Haus der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland

Dynamik, die in den 1980er Jahren einsetzte und nach 1989 zum Ende der bipolaren Weltordnung führte. Dies gilt insbesondere für Ulrich Herbert, der diesen Zusammenhang nicht ohne Pathos so formuliert:

»Dass sich in diesem Doppeljahr 1989/90 tiefgreifende Umbrüche auch in anderen Regionen der Welt vollzogen [...] und dass sich damit ein wahrer Siegeszug von Demokratie und Menschenrechten verband, bezog die Deutschen ein in eine globale Dynamik der Befreiung, zu deren sinnfälligem Ausdruck die auf der Mauer feiernden Berliner wurden. Deutschland als weltweites Symbol der Freiheit, welche eine Wendung.«¹²⁶

In Sachen Pathos wird er vom Bonner Haus der Geschichte indessen weit übertroffen, das in einer raumgreifenden Inszenierung einen »Trabi« auf ein riesiges, transluzentes Brandenburger Tor zufahren lässt. So sehr das Paradigma »Nationalstaat« gerade in den 1980er Jahren in den Hintergrund getreten war, so sehr bestimmte mit der Wiedervereinigung von 1989/90 dann doch die schon fast ad acta gelegte nationale Frage wieder



Abb. 14: Das Brandenburger Tor als Leitobjekt in der Dauerausstellung im Haus der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland

die Debatten. Das wiedervereinigte Deutschland sei nun »ein postklassischer demokratischer Nationalstaat unter anderen« geworden, »fest in die Europäische Gemeinschaft, die werdende Europäische Union, eingebunden und bereit, weitere Souveränitätsrechte an Europa zu übertragen«, so fasste Heinrich August Winkler seine Sicht auf den nationalen Aspekt der Wiedervereinigung zusammen.¹²⁷

Zweitens hat der Vereinigungsprozess in der Perspektive der Meistererzählung einen ganz anders gelagerten historischen Mangel geheilt. Diejenigen, die bis dahin im Fehlen einer erfolgreichen demokratischen Revolution den Geburtsfehler der neueren deutschen Geschichte hatten sehen wollen, wurden 1989 eines Besseren belehrt.¹²⁸ Nun also hatten auch *wir* unsere erfolgreiche Revolution, eine friedliche zumal.¹²⁹ In verblüffender Deutlichkeit spitzten Rainer Eppelmann, prominenter Bürgerrechtler der Jahre 1989/90, und Robert Grünbaum, Stellvertretender Geschäftsführer der Bundesstiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur, diese Sichtweise 2004 zu einer bündigen Ankunftserzählung zu: »Was 1848 noch scheiterte (und 1953 blutig niedergeschlagen wurde), fand 1989 ein glückliches, erfolgreiches Ende«. ¹³⁰ Obwohl zuweilen konstatiert wird, der »friedlichen Revolution« habe es an einer strategischen Avantgarde sowie an einer Utopie gemangelt, ¹³¹ schneidet sie auch bei manchem akademischen Vertreter der Meistererzählung gerade im Vergleich mit den großen Revolutionen des 18. und 19. Jahrhunderts ausgesprochen gut ab: »Im historischen Vergleich sind all diese Ereignisse [in der untergehenden DDR, T.H.] weniger ambivalent und eindeutiger freiheitlich-demokratisch besetzt als klassische demokratische Gründungsbezüge wie die Bostoner Tea Party, der Sturm auf die Bastille oder die Enthauptung des englischen bzw. französischen Königs, ganz zu schweigen von den mit den klassischen bürgerlichen Revolutionen verbundenen Kriegen und Unterdrückungsaktionen«, bemerkt dazu Dietrich Thränhardt in der Neuauflage seiner »Geschichte der Bundesrepublik Deutschland«. ¹³² Und bedauernd fügt er hinzu: Allerdings habe die Berliner Republik das Moment der »friedlichen Revolution« nicht in ihren historischen Symbolhaushalt übernommen.

Im Hinblick auf die Festlegung des Tages der Deutschen Einheit auf den 3. Oktober mag dieses Urteil zutreffen. Andererseits prägt der anfangs noch umstrittene Begriff der »friedlichen Revolution« inzwischen das öffentliche Sprechen und Schreiben über die Jahre 1989/90 doch in erheblichem Maß, wie man an den zahllosen Buchtiteln ablesen kann, die den Terminus auf-

greifen.¹³³ Auch die meisten der wissenschaftlichen Autoren der Meistererzählung beziehen sich zustimmend, wenngleich ohne den Begriff zu strapazieren, auf die »friedliche Revolution«¹³⁴, und sie ziehen vereinzelt sogar Parallelen etwa zu den Revolutionen von 1789, 1848 oder 1918/19.¹³⁵ So schlägt Heinrich August Winkler – anders als seine jüngeren Kollegen, die die »friedliche Revolution« der DDR mit spürbar gebremster Emphase schildern – bei seiner welthistorischen Einordnung der Ereignisse von 1989 einen großen Bogen: »Die Öffnung der Berliner Mauer am 9. November 1989 war für die DDR das, was der Sturm auf die Bastille am 14. Juli 1789 für das französische Ancien Régime war.«¹³⁶ Das war eine zwar gewagte, doch mögliche Sicht der Dinge, wie sie bereits 1990 der deutsch-britische Soziologe Ralf Dahrendorf für die Vorgänge in Ostmitteleuropa insgesamt nahegelegt hatte.¹³⁷ Wie anders fällt demgegenüber das nüchterne Urteil von Eckart Conze aus, der eher beiläufig und in Anführungszeichen von einer »»friedlichen Revolution«« spricht und in der Wiedervereinigung vor allem ein Hindernis für die aus seiner Sicht überfälligen Reformen in der Bundesrepublik sieht¹³⁸ – ein Urteil, das nun ganz und gar einer westdeutschen Perspektive verhaftet bleibt.

Was alle Autoren der Meistererzählung verbindet, ist also ihr mal pathetisches, mal pflichtschuldiges, selten aber überzeugendes Bekenntnis zum Begriff der »friedlichen Revolution«. Diesen ordnen sie in mehr oder weniger große historische Zusammenhänge ein, ohne ihm jedoch durch entsprechend eingehende Analysen der Vorgänge in der zusammenbrechenden DDR wirkliches Gewicht zu verleihen.¹³⁹ Solche Analysen blieben vor allem ostdeutschen Historikern vorbehalten.¹⁴⁰ In allen diesen Lesarten aber verdeckt der geschichtspolitisch aufgeladene Begriff der »friedlichen Revolution« sowohl die erfahrungsgeschichtlich tiefen Brüche und Enttäuschungen der postrevolutionären Ära als auch diejenigen mentalen und habituellen Kontinuitäten, die den Systembruch von 1989 untergründig überdauert haben.

Mit erheblichem Nachdruck hat vor allem das Zeitgeschichtliche Forum in Leipzig, eine Dépendence des Bonner Hauses der Geschichte, den Bürgeraufstand des Jahres 1989 als friedliche *Revolution* inszeniert.¹⁴¹ Die von 1999 bis 2017 präsentierte Dauerausstellung des Forums führte seinen Besucherinnen und Besuchern die Geschichte der DDR als ein permanentes Wechselspiel zwischen staatlicher Repression und dem Aufbegehren Einzelner oder ganzer Bewegungen gegen das SED-Regime vor Augen, kul-

minierend in der eindrücklich inszenierten »friedlichen Revolution« des Herbstes 1989.¹⁴²

Die gesamte Ausstellung war um eine Rotunde herum gebaut, die aus einer Zeitleiste der Geschehnisse seit 1949 sowie einem riesigen hinterleuchteten Foto einer Leipziger Montagsdemonstration bestand. In diesem bemerkenswerten Arrangement erweist sich das Volk als das eigentliche, zunächst noch verborgene Subjekt der Geschichte, das nach und nach zum Bewusstsein seiner selbst gelangt und am Ende in einem revolutionären Akt das *Ancien Régime* hinwegfegt. Damit folgt die Ausstellung einem klassischen Modell der Revolutionsgeschichtsschreibung des 19. Jahrhunderts, das Hayden White als »Revolutionäre Romanze« bezeichnet hatte.¹⁴³ Im Narrativ der Revolutionären Romanze entwickelt sich das Volk in einem Prozess der Bewusstwerdung nach und nach zur politischen Kraft, zum revolutionären Demos. Diese Deutung der untergehenden DDR fügt der Meistererzählung fast unbemerkt ein rousseauistisches Moment hinzu, das in diametralem Gegensatz zu jenem prozeduralen, »realistischen« Modell von Demokratie steht, das im Bonner Haus der Geschichte so sehr gepflegt wird.

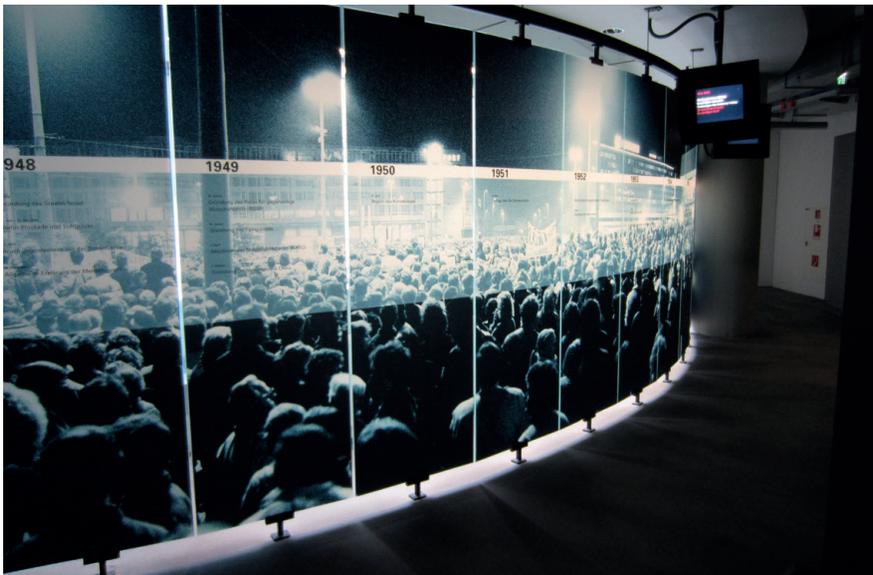


Abb. 15: »Wir sind das Volk!« Rotunde im Zentrum der ehemaligen Dauerausstellung des Zeitgeschichtlichen Forum Leipzig

Der zweite Plot: Diktaturbewältigung

Der zweite Plot der Meistererzählung besteht in der schwierigen und konfliktbehafteten Herausbildung jenes erinnerungspolitischen Konsenses, der 2005 mit der Einweihung des Denkmals für die Ermordung der Europäischen Juden in der Mitte Berlins besiegelt wurde. Die Debatten hatten sich bekanntlich seit den fünfziger Jahren an einer Abfolge von Skandalen und Medienereignissen entzündet, die die Bundesrepublik bis in die jüngste Gegenwart hinein regelmäßig erschütterten: Der Skandal um Hans Globke, der Eichmann- und der Auschwitzprozess, die Verjährungsdebatten, die Fernsehserie »Holocaust«, die Goldhagen- und Wehrmachtsdebatte, die Morde des »Nationalsozialistischen Untergrunds« und ihr Nachspiel. Nachdem es über Jahrzehnte hin Sache einzelner Intellektueller und oppositioneller Gruppen gewesen war, die Aufdeckung und Aufarbeitung der Verbrechen des »Dritten Reichs« gegen breiten Widerstand zu betreiben, ist die öffentliche Erinnerung an die NS-Verbrechen seit etwa 20 Jahren zu einem gesamtnationalen, staatlich vielfach geförderten Projekt geworden. Der neue Konsens zeigt sich in der geläufigen Pathosformel vom »Erinnern«, er zeigt sich auch in einem anhaltenden, immer neue Opfergruppen erfassenden Gedenkstättenboom und er zeigt sich in neuen staatlichen



Abb. 16: Das 2005 eingeweihte Denkmal für die ermordeten Juden Europas in Berlin



Abb. 17: Gedenkstunde für die Opfer des Nationalsozialismus am 31. Januar 2018 im Deutschen Bundestag

Ritualen wie der Gedenkstunde des Deutschen Bundestages für die Opfer des Nationalsozialismus.¹⁴⁴

In der neuen Meistererzählung bildet die Auseinandersetzung mit der nationalsozialistischen Vergangenheit einen zentralen Erzählstrang. So weisen die meisten Autoren auf die erheblichen moralischen und politischen Belastungen hin, die nach der Gründung der Bundesrepublik mit der meist geräuschlos wiedereingliederung ehemaliger Nationalsozialisten in den öffentlichen Dienst sowie mit dem Fortwirken nationalsozialistisch imprägnierter Einstellungen einhergegangen ist.¹⁴⁵ Entsprechend ausführlich kommen die Ende der 1950er Jahre einsetzenden Debatten um die überfällige Aufarbeitung der braunen Vergangenheit zur Sprache, »kollektive Lernprozesse« (Wolfrum), die schließlich gegen Ende des 20. Jahrhunderts in den erwähnten neuen Erinnerungs- und Aufarbeitungsdiskurs einmündeten.¹⁴⁶ Im Licht der Meistererzählung gehört die erfolgreiche Bewältigung gleich zweier Diktaturen zu den zentralen Errungenschaften der Demokratie der Bundesrepublik, mehr noch: sie gilt als eigentlicher Ausweis ihrer Reife.¹⁴⁷ »Der Wiederaufstieg Deutschlands zu einem nicht nur reichen, sondern auch geachteten, demokratischen Land ist jedoch auf die Auseinandersetzung mit diesen Verbrechen [des Nationalsozialismus, T.H.] in vermutlich nicht geringerem Maße zurückzuführen als auf seine Exporterfolge«, so fasst Ulrich Herbert diesen Befund zusammen.¹⁴⁸

.....

Noch im Modus seiner Aufarbeitung bildet der Zivilisationsbruch der Jahre 1941 bis 1945 gleichsam den dunklen Hintergrund der Meistererzählung, ohne den sie gar nicht erzählbar wäre.

.....

Dieser zweite Plot ist deshalb so zentral, weil er die maßgebliche Rolle der Deutschen in den Katastrophen des 20. Jahrhunderts nachdrücklich ins Bewusstsein rückt. Noch im Modus seiner Aufarbeitung bildet der Zivilisationsbruch der Jahre 1941 bis 1945 gleichsam den dunklen Hintergrund der Meistererzählung, ohne den sie gar nicht erzählbar wäre. Der permanente Bezug auf die Massenverbrechen des Dritten Reiches sorgt nämlich dafür, dass die bundesrepublikanische Erfolgsstory nicht zur alleinigen Ressource des deutschen Selbstverständnisses gerät.¹⁴⁹ In diesem Umstand mag

auch einer der Gründe liegen, warum gerade linksliberale Historiker wie Heinrich August Winkler und Axel Schildt, Edgar Wolfrum und Ulrich Herbert mit ihren großen Gesamtdarstellungen an der Meistererzählung besonders kräftig mitgewirkt haben. Sie thematisieren damit nicht zuletzt ihre eigene Biographie.¹⁵⁰

3. Grenzen und Krise der Meistererzählung

Die neue Meistererzählung der Demokratie der Bundesrepublik Deutschland hat sich in den zweieinhalb Jahrzehnten seit der Wiedervereinigung nach und nach herausgebildet und im öffentlichen Diskurs etabliert. Sie thematisiert und synthetisiert, wie das vorstehende Kapitel gezeigt hat, verfassungs- und gesellschaftsgeschichtliche, politik-, mentalitäts- und wirtschaftsgeschichtliche Aspekte der Bundesrepublik in einer Großerzählung, die sich aller kritischer Erörterungen zum Trotz als eine fulminante Erfolgsgeschichte präsentiert. Sind die einzelnen Elemente dieses mächtigen Narrativs einmal identifiziert, so fällt der Nachweis nicht mehr allzu schwer, wie sich der öffentliche Diskurs über die Geschichte der Bundesrepublik immer wieder auf die Meistererzählung bzw. einzelne ihrer Motive bezieht und daraus seine Argumente gewinnt. Dieser Diskurs wird aber keineswegs nur oder vor allem unter Historikern geführt. Er findet vielmehr in den öffentlichen Äußerungen von Politikerinnen und Politikern ebenso statt wie in Fernsehdokumentationen, Zeitungsfeuilletons, historischen Features im Rundfunk oder bei staatlichen Gedenkritualen – jedenfalls in den traditionell etablierten Medien einer funktionierenden Demokratie. Ob die Meistererzählung in ähnlicher Weise auch in Blogs und Internet-Foren aufgerufen wird, ist durchaus fraglich, erweist sich das Netz doch zunehmend als ein Raum, in dem etablierte Deutungsmuster bevorzugt frontal in Frage gestellt und die Regeln des Sagbaren systematisch gebrochen werden. Dies sind allerdings Vermutungen, denn die Bedeutung des Netzes für das öffentliche Sprechen über Geschichte ist, abgesehen von seiner Funktion für die Forschung, noch kaum erschlossen.

Die neue Meistererzählung der Geschichte der Bundesrepublik hat, wie eingangs erläutert, seit 1990 ein älteres, kritisches Deutungsmuster abgelöst, das die Bundesrepublik noch als eine Demokratie auf Bewährung interpretierte, und sie hat sich seitdem als der zwar nicht unumstrittene, insgesamt jedoch vorherrschende Blick auf die Geschichte der Bundesrepublik etabliert. Inzwischen mehren sich allerdings die Anzeichen, dass

die Meistererzählung ihrerseits den Zenit ihrer öffentlichen Wirksamkeit erkennbar überschritten hat. So stellen neuere Publikationen zu einzelnen Aspekten der Geschichte der Bundesrepublik das etablierte Erfolgsnarrativ explizit in Frage, sie führen es ironisch ad absurdum¹⁵¹ oder bedienen sich einer Erzähltechnik, die dem chronologischen Sog der Erfolgserzählung von vornherein widersteht.¹⁵² Sodann bringen renommierte Autoren bereits seit der Jahrtausendwende Gegenerzählungen in Umlauf, die einiges an Aufsehen erregt haben, ohne allerdings die Meistererzählung ablösen zu können. Schließlich deuten vor allem die politischen Entwicklungen der jüngsten Zeit darauf hin, dass die Meistererzählung in eine Krise geraten ist. Jedenfalls gewinnt man zunehmend den Eindruck, dass das Narrativ von der »Erfolgsgeschichte Bundesrepublik« auserzählt ist und möglicherweise bald durch eine oder mehrere andere Erzählungen abgelöst wird. Dabei geht es durchaus nicht um die wenig erhellende Frage, ob und von wem das Erfolgsnarrativ möglicherweise politisch funktionalisiert wird.¹⁵³ Vielmehr gilt es zu prüfen, inwiefern und aus welchen Gründen die bundesrepublikanische Meistererzählung des beginnenden 21. Jahrhunderts erheblich an Triftigkeit eingebüßt hat. Dazu abschließend einige Thesen.

1. *Gegenerzählungen.* Die Meistererzählung hat andere, konkurrierende Interpretationen der Geschichte der Bundesrepublik, etwa die klassische Restaurationsthese¹⁵⁴ sowie kulturkritische Verfalls-¹⁵⁵ oder neoliberale Krisennarrative¹⁵⁶ an den Rand gedrängt. Niemand spricht heute noch von »Restauration« – wie Walter Dirks 1950 – oder vom »Abstieg eines Superstars« – wie Stefan Aust 2005. Gleichwohl fordert das Narrativ, wie jede Meistererzählung, zu Gegenerzählungen heraus. Zu diesen Gegenerzählungen gehören etwa die Ansätze einer feministischen oder einer postkolonialen Geschichtsschreibung, das Narrativ von der *postdemocracy* (Colin Crouch), Hans-Ulrich Wehlers Kritik an der »neuen Umverteilung« sowie jene neue politische Ökonomie, wie sie vor allem der Soziologe Wolfgang Streeck mit seinem kapitalismuskritischen Theorem von der »gekauften Zeit« betreibt.¹⁵⁷ Diese Gegenerzählungen haben seit etwa 2010 im Zuge der neueren Diskussion um die ungleiche Verteilung von Vermögen und Einkommen, vor allem aber im Licht des aufbrandenden Rechtspopulismus erheblich an Gewicht gewonnen. Noch bleiben diese Narrative Gegenerzählungen und dominieren nicht den öffentlichen Diskurs, aber sie stellen die Meistererzählung zunehmend in Frage.

2. *Blinde Flecken*. Die Meistererzählung vernachlässigt zum einen systematisch das, was man mit Axel Schildt die Belastungsgeschichte nennen könnte, die man allerdings nicht wie Schildt auf das »moralische Erbe des ‚Dritten Reichs‘« beschränken kann.¹⁵⁸ Zur Belastungsgeschichte gehören nämlich auch die Schattenseiten des Erfolges und die mit ihm verbundenen Ausschlüsse. Unterbelichtet werden etwa die Perspektiven von Randgruppen wie Sozialrentnern, Behinderten, Gastarbeitern, Waisen- und Heimkindern, aber auch Unangepasster aller Art.¹⁵⁹ Unterbelichtet werden sodann und vor allem die Sichtweisen und Erfahrungen der Modernisierungsverlierer, die eine auf Liberalisierung, Globalisierung und Digitalisierung getrimmte Gesellschaft notwendig hervorbringt und die das Liberalisierungsnarrativ im normativen Rahmen einer »Kultur der Inklusion« (Andreas Rödder) mit subtiler Miss- oder Verachtung straft: das ländliche Milieu, Handarbeiter und gering Qualifizierte, aber auch Männer und Frauen, die traditionellen Rollenmustern verhaftet sind.¹⁶⁰

Bei allen Differenzierungen ist die Meistererzählung vom Zentrum her konzipiert, nicht von den Rändern. Perspektivische Brechungen sind ihr fremd oder fallen ihr schwer.

Zudem hat sich in der Berliner Republik nach der Jahrtausendwende zur älteren, »neoliberalen« Politik des ökonomischen Sachzwangs eine neue Politik der moralischen Alternativlosigkeit gesellt, die dazu neigt, in so zentralen Fragen wie Ökologie, Migration und *diversity* all jene als legitime Mitspieler im Diskurs zu diskreditieren, die damit wenig anzufangen vermögen oder dagegen auch nur ein relativierendes Argument bemühen. Kurzum: Bei allen Differenzierungen ist die Meistererzählung vom Zentrum her konzipiert, nicht von den Rändern. Perspektivische Brechungen sind ihr fremd oder fallen ihr schwer.

3. »*Wir sind das Volk!*« *Ostdeutsche Perspektiven*. Besonders problematisch scheint die weitgehende Ausblendung ostdeutscher Perspektiven, die deshalb auch eine genauere Betrachtung verdient. Zunächst ist festzustellen, dass es sich bei der neuen Meistererzählung um ein genuines Projekt westdeutscher Historiker handelt.¹⁶¹ In deren Synthesen zur jünge-

ren deutschen Geschichte schlägt sich dieser Befund unmittelbar nieder. So beschränkt sich eine erste Gruppe von Gesamtdarstellungen (Conze, Thränhardt, Wolfrum) von vornherein ausschließlich auf die Geschichte der Bundesrepublik; die DDR gerät aus dieser Perspektive allenfalls cursorisch in den Blick und findet erst in ihrer finalen Krise und im Zuge der Wiedervereinigung Beachtung. Die anderen Meistererzähler (Herbert, Jaraus, Winkler) beziehen die DDR hingegen explizit in ihre Betrachtung ein und widmen dem zweiten deutschen Staat eigene Kapitel, die sich vornehmlich mit der Politik des SED-Regimes und mit einigem Abstand auch mit der Wirtschaft und der Gesellschaft der DDR beschäftigen. Während bei der ersten Gruppe die DDR und ihre Bevölkerung weitgehend im Dunkel der Geschichte verbleiben, gerät die DDR als »Gesellschaft mit beschränkter Hoffnung« (Ulrich Herbert) bei den anderen Werken unweigerlich zur düsteren Kontrastfolie gegenüber dem Erfolgsmodell Bundesrepublik. Wie könnte es angesichts des unbestreitbar diktatorischen Charakters des SED-Regimes auch anders sein? Da sich die DDR, anders als die betont pragmatisch agierende Bundesrepublik, aus dem utopischen Potenzial des sozialistischen Fortschritts- und Gleichheitsversprechens definierte und folglich gerne mit einer schwülstigen Rhetorik des »Überholens« und »Siegens« operierte, ist die Gefahr groß, die Geschichte des anderen deutschen Teilstaats in der Rückschau im Stil einer Farce zu schreiben, wie dies etwa der Bielefelder Historiker Hans-Ulrich Wehler getan hat.¹⁶² Die hier behandelten Darstellungen gehen behutsamer vor, auch wenn ihnen die DDR spürbar wie ein fernes Land erscheint. Indessen gelingt es auch ihnen kaum, die in der jüngeren Forschung geforderte und nur selten eingelöste Perspektive einer »geteilten Geschichte« zu entwickeln, die nach grenz- und systemüberschreitenden Problemstellungen und deren Lösungen fragt. In einer solchen Betrachtungsweise, die die Verflochtenheit beider so unterschiedlicher Geschichten stärker akzentuiert, ließe sich auch diskutieren, inwieweit sich der bemerkenswerte ökonomische und soziale Erfolg der Bundesrepublik nicht zuletzt der scharfen, politisch immer wieder thematisierten Systemkonkurrenz verdanke.¹⁶³

Ein zweites Problem liegt auf einer anderen, systematischen Ebene. Die Geschichte der DDR wird in den genannten Arbeiten nicht nur weitaus knapper abgehandelt als die der Bundesrepublik, sie wird zudem vielfach um entscheidende strukturelle Dimensionen verkürzt. Der Erfahrungs-, Wahrnehmungs- und Deutungshorizont der Bürgerinnen und Bürger der DDR in ihren unterschiedlichen regionalen und soziopolitischen Milieus kommt

in den großen Darstellungen zur deutschen Geschichte nämlich nur wenig oder eben aus westlicher Perspektive betrachtet zur Sprache.¹⁶⁴ Bei Konrad Jarausch, der die deutsche Geschichte nach 1945 vornehmlich unter dem Gesichtspunkt der Wiedergewinnung von »Zivilität« nach dem Absturz in die Barbarei untersucht, fällt dies besonders ins Auge. So interessiert ihn in jenem Kapitel seines Buches, in dem er die Geschichte der DDR im Zeitraffer Revue passieren lässt, vor allem die Frage nach der Zerstörung und Wiedergewinnung der Zivilgesellschaft in der DDR in den vierzig Jahren zwischen Staatsgründung und »friedlicher Revolution«.¹⁶⁵ Mit dieser Sicht auf die Dinge bekommt er indessen weder das Selbstverständnis des »Arbeiter- und Bauernstaats« noch den Erfahrungshorizont breiterer Bevölkerungskreise in den Blick. Man mag in derlei Verkürzungen ein fachwissenschaftliches Defizit sehen, gehört doch die Einbeziehung der Alltags- und Erfahrungsgeschichte der Unterworfenen zu den bedeutenden Innovationen der Diktaturforschung seit den 1980er Jahren: Das Funktionieren wie auch das Scheitern einer Diktatur lassen sich ohne die Einbeziehung von gesellschaftlichem Eigensinn und der sozialen Bindekräfte, die sich auch in der DDR jenseits des Herrschaftsapparats entfaltet haben, nicht hinreichend nachvollziehen.¹⁶⁶ Vor allem aber lässt sich ohne die differenzierte Betrachtung der Befindlichkeiten der Bevölkerung der DDR und des bereits dort entwickelten Protestpotenzials nicht erklären, warum sich der neue Rechtsnationalismus in den östlichen Bundesländern wütender, lautstarker und radikaler artikuliert als im Westen der Republik.¹⁶⁷

Um diesen Befund schärfer zu fassen, mag es hilfreich sein, an die idealtypische Unterscheidung zwischen »Diktaturgedächtnis«, »Arrangementgedächtnis« und »Fortschrittsgedächtnis« zu erinnern, die der Potsdamer Historiker Martin Sabrow eingeführt hat.¹⁶⁸ Das *Diktaturgedächtnis*, das die offizielle Aufarbeitung der DDR-Vergangenheit beherrscht, rückt den Herrschafts- und Unterdrückungsapparat des SED-Staats in den Mittelpunkt, der als »Unrechtsstaat« nicht nur das politische System, sondern die gesellschaftliche Erfahrungswelt der DDR insgesamt bestimmt hat. Ausgehend von der Dichotomie »Freiheit« versus »Unfreiheit« fokussiert das Diktaturgedächtnis auf Täter und Opfer; sein perspektivischer Fluchtpunkt ist daher der Sieg der Freiheit in der friedlichen Revolution von 1989/90. Das *Arrangementgedächtnis* hingegen hat die Formen gesellschaftlicher Normalität im realen Sozialismus im Blick, es rechnet mit einem wahren Leben im falschen und interessiert sich somit für die Lebenswelten, die sich unter den Bedingungen der Diktatur entfaltet haben. Dieses Gedächtnis »verwei-

gert sich der säuberlichen Trennung von Biografie und Herrschaftssystem, die das Diktaturgedächtnis anbietet, und pflegt eine erinnerungsgestützte Skepsis gegenüber dem neuen Wertehimmel des wiedervereinigten Deutschland«. ¹⁶⁹ Das *Fortschrittsgedächtnis* wiederum sieht im Sozialismus eine grundsätzlich richtige und legitime Idee. Es erinnert die DDR daher vor allem aus der Perspektive ihrer antifaschistischen Anfänge und ihres Anspruchs, ein besseres, gerechteres und friedlicheres Deutschland zu schaffen. In dieser Erinnerung hat die DDR bei der Verwirklichung des Sozialismus Beachtliches geleistet, bis sie auf Grund politischer Fehler ihrer Führung und äußerer Einflüsse am Ende gescheitert ist. Unter diesen drei konkurrierenden Erinnerungen, die in jeweiligen Gedächtnismilieus gepflegt und durch unterschiedliche biographische Erfahrungen beglaubigt werden, privilegiert die Meistererzählung das Diktaturgedächtnis, während sie das Arrangementgedächtnis bestenfalls streift und das Fortschrittsgedächtnis weitgehend ignoriert. Aufgrund solcher Verkürzungen vermag die Meistererzählung keine plausible Erklärung für die System- und Elitenverachtung anzubieten, die wir seit einigen Jahren verstärkt in den östlichen Bundesländern beobachten und an den dort erzielten Wahlergebnissen der Rechtspopulisten ablesen können.

.....

Bezogen auf die neue Meistererzählung bedeutet das, dass sich die Bürgerinnen und Bürger der östlichen Bundesländer in diesem Narrativ als einer genuinen Erzählung des bundesrepublikanischen Westens kaum wiederfinden.

.....

Jene verstockte Wut, die sich in jüngster Zeit mit besonderer Vehemenz im Osten der Republik Bahn bricht, lässt sich möglicherweise nicht nur auf die Enttäuschungserfahrungen der Vereinigungskrise, die Entwertung von Ost-Biografien und den Treuhand-Komplex zurückführen, die ohne Zweifel Wesentliches zur Erklärung eines spezifisch ostdeutschen Radikalismus beitragen. Zu einer solchen Erklärung gehört aber ebenso jene »Kontinuität von Eigensinn und Staatsverachtung«, ¹⁷⁰ die ihren Ursprung in einer subkutanen, von einem konfrontativen Politikverständnis getragenen Politisierung der Bürgerinnen und Bürger der späten DDR hatte. Mit der Faust in der Tasche und wachsendem individuellen Selbstbewusstsein arrangierte man

sich *nolens volens* mit den erstarrten Verhältnissen des SED-Staats und tat zugleich seinen Anspruch, unbedingt gehört werden zu wollen, etwa in drohenden anonymen Briefen an die Bezirksleitungen der SED grimmig kund, bis die Parole »Wir sind das Volk!« dem aufgestauten Unmut den nötigen Rahmen gab, für die entsprechende Mobilisierung sorgte und den revolutionären Handlungswillen freisetzte. In dem besonderen Zulauf aber, den der organisierte Rechtspopulismus in den östlichen Bundesländern findet, lebt vermutlich jene Dynamik aus verstockter Systemverachtung und wütender Selbstermächtigung wieder auf, die in den späten 1980er Jahren zum Erfolg der friedlichen Revolution wesentlich beigetragen hatte.¹⁷¹ Hinzu kommt ein nicht unbeträchtliches nationalistisches Potenzial, das sich, weil im realen Sozialismus niemals offen verhandelt, unter und hinter der staatsoffiziellen Geste von Internationalismus und Antifaschismus als weitere Ressource revolutionären Handelns zusammenballen und nach 1990 im Rahmen der neuen, gesamtdeutschen Nation entfalten konnte. Bezogen auf die neue Meistererzählung bedeutet das, dass sich die Bürgerinnen und Bürger der östlichen Bundesländer in diesem Narrativ als einer genuinen Erzählung des bundesrepublikanischen Westens kaum wiederfinden. Der Historiker Lutz Niethammer hat diesen Befund im Jahr 2006, als die Meistererzählung bereits im Zenit ihrer Wirksamkeit stand, wie folgt formuliert: »Wir müssen feststellen, dass das historische Alltagsbewusstsein der Ostdeutschen und die Geschichtswissenschaft weitgehend unverbunden sind. Viele im Osten denken: Das ist Fremdforschung. Mit unserem Leben in der Diktatur hat das nichts zu tun.«¹⁷²

4. *Blick auf Europa.* Aller Bekenntnisse zu transnationalen Perspektiven zum Trotz bleibt die neue Meistererzählung im Kern eine nationale Erzählung. Als solche neigt sie dazu, die europäische bzw. atlantische Dimension ihrer Themen zu vergessen oder zumindest unterzubelichten: Vom »Wirtschaftswunder« bis zur friedlichen Revolution lassen sich nämlich die von ihr beschriebenen Entwicklungen und Erfolge ebenso gut oder sogar besser als gesamteuropäische Prozesse erklären.¹⁷³ Beispielsweise macht die Meistererzählung nur selten hinreichend deutlich, in welchem Ausmaß die für die Erfolgsgeschichte der Bundesrepublik maßgeblichen Weichenstellungen auf die Entscheidungen und den Druck der Westalliierten zurückgingen. Ulrich Herbert widersteht dieser Tendenz zu einem national verengten Blick am nachdrücklichsten und bringt die in der Meistererzählung wirksame Verschiebung der Wahrnehmung wie folgt auf den Punkt:

»Aber die entscheidenden Impulse in der Politik wie in der Wirtschaft gingen nicht von den deutschen Politikern aus – die dazu auch gar keine Mittel besaßen –, sondern wurden von außen gesetzt [...]. In dem Maße, wie sich die neue Ordnung bewährte, spielte die Tatsache, dass man sie nicht selbst installiert hatte, in der Wahrnehmung eine immer geringere Rolle – bis schließlich in der öffentlichen Erinnerung wie in der Historiographie der Eindruck entstand, es seien es vor allem die Westdeutschen selbst gewesen, die Demokratie, Wirtschaftswunder und Westintegration in Gang gebracht hätten.«¹⁷⁴

Dies gilt auch für die meisten anderen Momente der Meistererzählung, etwa für die deutsche Wiedervereinigung, die – wie alle Meistererzähler einräumen – allein aus der Entwicklung in der DDR und der Politik der Bundesregierung schlechthin nicht erklärbar ist.¹⁷⁵ Zieht man an Stelle der großen Gesamtdarstellungen zur Geschichte der Bundesrepublik neuere Synthesen zur jüngsten europäischen Geschichte heran, so gewinnt man ein verblüffend anderes Bild von der Bundesrepublik.¹⁷⁶ Deren Geschichte erscheint dort nämlich als durchaus charakteristisch für eine gesamteuropäische Entwicklung nach 1945 und keineswegs als die Geschichte eines singulären bundesdeutschen Erfolges.

.....

Paradoxerweise vermag die Meistererzählung zwar den Nationalsozialismus über dessen erfolgreiche Aufarbeitung zu integrieren, nicht aber die Weimarer Republik oder die demokratischen Bewegungen des 19. Jahrhunderts.

.....

5. *Perspektiven auf Weimar.* Paradoxerweise vermag die Meistererzählung zwar den Nationalsozialismus über dessen erfolgreiche Aufarbeitung zu integrieren, nicht aber die Weimarer Republik oder die demokratischen Bewegungen des 19. Jahrhunderts. Galt das Scheitern Weimars in der alten Bonner Republik noch als »Lehrstück«, so konnte die neue Erinnerungskultur der neunziger und Nullerjahre mit der ersten deutschen Demokratie nur mehr wenig anfangen: Das »Lehrstück Weimar« war nämlich inzwischen vom »Lehrstück Holocaust« abgelöst worden.¹⁷⁷ Mit der kürzlich in der Frankfurter Allgemeinen Zeitung geführten Debatte über »Weimarer

Verhältnisse«, kehrte das Thema zwar auf die öffentliche Bühne zurück:¹⁷⁸ Diese Debatte, die auf den neuen Rechtspopulismus und die Krise der politischen Repräsentation abhebt, will nicht so recht zum Erfolgsnarrativ der Meistererzählung passen, und sie ist ein deutliches Indiz dafür, dass die Meistererzählung ihren Zenit überschritten hat. Es bleibt abzuwarten, ob der allerjüngste Weimar-Boom, kulminierend in der Gründung des Hauses der Weimarer Republik am 31. Juli 2019 und begleitet von beachtlichen Reden des Bundespräsidenten,¹⁷⁹ zu einer schrittweisen Reintegration der Weimarer Republik in das bundesdeutsche Demokratie-Narrativ führt.

6. *Der hässliche Hegemon.* Die neue Meistererzählung sieht Deutschland gerne als Zentrum eines friedlichen, freiheitlichen, demokratischen Europa, das von Sizilien bis zum Nordkap, von Lissabon bis Lublin reicht. Doch was, wenn sich der sanfte Moderator in der Mitte Europas als hässlicher Hegemon entpuppt? Einer, der – gefangen im eigenen Narrativ und berauscht an den eigenen Leistungsbilanzüberschüssen – in schulmeisterlicher Manier seinen südeuropäischen Partnern Spardiktate aufdrückt? »Die europäische Integration sollte der Machtpolitik ein Ende setzen, aber derzeit diktiert Deutschland neue Regeln, die darauf abzielen, schwächere Akteure zu beaufsichtigen, zu kontrollieren und zu bestrafen«, findet der in Polen gebore-



Abb. 18: »Wir schaffen das!« Bundeskanzlerin Angela Merkel auf ihrer Sommerpressekonferenz am 31. August 2015

ne und in Oxford lehrende Politologe Jan Zielonka.¹⁸⁰ Manche ausländische Beobachter fühlten sich im Verlauf der sogenannten Euro-Schulden-Krise nach 2010 an das Deutschland Wilhelms II. erinnert.¹⁸¹ Kein Zweifel: Seit dieser Krise hat das schöne Bild von »uns Deutschen in Europa« und damit auch die Überzeugungskraft der Meistererzählung deutliche Risse bekommen.

Liest man die Erklärung der Kanzlerin im vollen Wortlaut, so wird deutlich, dass sie ihr viel zitiertes Wort »Wir schaffen das« mit einzelnen Elementen der Meistererzählung begründet hat.

7. »*Wir schaffen das.*« Die Geltungskraft der Meistererzählung hat mit der »Flüchtlingskrise« der Jahre 2015/16 ihren Zenit erreicht – und überschritten. »Ich sage ganz einfach: Deutschland ist ein starkes Land. Und das Motiv, mit dem wir an diese Dinge herangehen, muss sein: Wir haben so vieles geschafft – wir schaffen das!«¹⁸² Mit dieser berühmten Formulierung hat Angela Merkel in der Bundespressekonferenz am 31. August 2015 die Aufnahme hunderttausender Flüchtlinge begründet, die sich im Sommer 2015 in Südosteuropa in einer verzweifelten Situation befanden. Liest man die Erklärung der Kanzlerin im vollen Wortlaut, so wird deutlich, dass sie ihr viel zitiertes Wort »Wir schaffen das« mit einzelnen Elementen der Meistererzählung begründet hat: Mit dem Asylartikel und der Würdeformel des Grundgesetzes (»Wir können stolz sein auf die Humanität unseres Grundgesetzes«), mit der erfolgreichen Integration der Flüchtlinge nach 1945, mit der ökonomische Stärke der Bundesrepublik und mit der Kraft der Zivilgesellschaft. Die Kanzlerin betonte, unser Land sei »ein gutes Land«, und sie fuhr fort:

»Unsere Freiheit, unser Rechtsstaat, unsere wirtschaftliche Stärke, die Ordnung, wie wir zusammenleben – das ist es, wovon Menschen träumen, die in ihrem Leben Verfolgung, Krieg, Willkür kennengelernt haben. Die Welt sieht Deutschland als ein Land der Hoffnung und der Chancen, und das war nun wirklich nicht immer so. [...] Also das, was die Gründungsimpulse dieses Landes waren, bewährt sich immer wieder unter neuen Bedingungen, und das, finde ich, ist das eigentlich Ermutigende an der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland.«¹⁸³

An diesen Passagen einer der prominentesten öffentlichen Erklärungen, die Angela Merkel als Bundeskanzlerin abgegeben hat, lässt sich die legitimatorische, vielleicht sogar handlungsleitende Funktion von Meistererzählungen im politischen Raum ablesen. Und abermals zeigt dieses Beispiel, dass Meistererzählungen keine akademischen Konstrukte sind, sondern vielmehr im politischen Raum aufgegriffen, modifiziert und weitergesponnen werden. Vielen erschien die großherzige Geste der Kanzlerin für kurze Zeit wie die moralische Ratifikation der Meistererzählung. Und war es nicht ein Moment der Genugtuung, dass sich Deutschland exakt siebenzig Jahre nach dem Ende der NS-Diktatur zur humanitären Großmacht gemauert zu haben schien? Einer Großmacht, die ihre moralisch-politischen Lektionen aus Auschwitz endlich gelernt hat?¹⁸⁴

.....

Noch stärker gerät die Meistererzählung allerdings durch den Rechtspopulismus unter Druck, der mit dem Aufarbeitungskonsens, mit der Liberalisierung und mit den repräsentativen Verfahren gleich drei ihrer tragenden Elemente in Frage stellt.

.....

8. *Der neue Rechtspopulismus.* Die Migrationskrise um 2015 bildete nicht nur den Kulminationspunkt der Meistererzählung, sondern auch den Katalysator – nicht die Ursache – des neuen Rechtspopulismus. Der Rechtspopulismus ist für die Meistererzählung deshalb gefährlich, weil er ihre Geltungsbedingung, nämlich den erwähnten Erinnerungs- und Aufarbeitungskonsens, frontal in Frage stellt. Zudem wird die Liberalisierungsthese als ein wesentliches Element der Erzählung von den Rechtspopulisten zwar nicht bestritten, aber umgewertet. Das Diktum des AfD-Bundessprechers Jörg Meuthen vom »links-rot-grün-verseuchten Achtundsechziger-Deutschland«, erstmals vorgetragen auf dem Stuttgarter Parteitag der AfD vom 30. April 2016, hat diese Umwertung auf den Punkt gebracht. Schließlich wird mit der Beschwörung eines identitären Volkswillens, der sich noch vor den Prozeduren demokratischer Willensbildung als der »wahre« Volkswille versteht, die beunruhigende Zweideutigkeit jener revolutionären Romanze vom Herbst 1989 deutlich, auf die sich die Meistererzählung so gerne beruft: »Wir sind das Volk!«¹⁸⁵

Ist die neue Meistererzählung der bundesdeutschen Demokratie damit also an ihr Ende gelangt? Noch ist das nicht der Fall. Unzweifelhaft wird die Meistererzählung auf der einen Seite von einer neuen Kapitalismuskritik herausgefordert, die mit dem Kapitalismus auch die »Soziale Marktwirtschaft« als ein Kernelement der Erzählung trifft. Teile der Linken – denken wir an Sarah Wagenknechts Flirt mit Ludwig Erhard – machen sich die Meistererzählung indessen sogar zunutze.¹⁸⁶ Noch stärker gerät die Meistererzählung allerdings durch den Rechtspopulismus unter Druck, der mit dem Aufarbeitungskonsens, mit der Liberalisierung und mit den repräsentativen Verfahren gleich drei ihrer tragenden Elemente in Frage stellt. Auf den ersten Blick mag das verwundern, böte die Meistererzählung doch den Kristallisationskern eines aufgeklärten, demokratischen Patriotismus, wie ihn jüngst etwa Thea Dorn und Frank-Walter Steinmeier beschworen haben.¹⁸⁷ Doch darum geht es den Rechtspopulisten nicht. Denn mit Ausnahme des ökonomischen Erfolgs und der institutionellen Stabilität stört sie an der Meistererzählung so gut wie alles. Sie finden sich in ihr nicht wieder. Deshalb sind die Vordenker der Rechten daran gegangen, eine Gegenerzählung aufzubauen, dessen Perspektivpunkt nicht mehr die Demokratie, sondern die ethnische und kulturelle Identität der Deutschen bildet. Dieser Ansatz ist zwar weit davon entfernt, die Meistererzählung der Demokratie abzulösen. Aber er verweist nachdrücklich auf die bereits erwähnten blinden Flecken des Narrativs. Forschung und interessierte Öffentlichkeit werden daher neue Fragen an die Geschichte der Demokratie in Deutschland zu richten haben. Die seit zwanzig Jahren dominante Meistererzählung wird dann aber – so viel Prophetie sei gewagt – entweder eine kritische Wendung nehmen oder sie wird sich, wie in den USA geschehen¹⁸⁸, im Zeichen eines neuen Kulturkampfes ganz auflösen.

Anmerkungen

- 1 Christoph Möllers: Demokratie. Zumutungen und Versprechen, Berlin 2008, S. 115.
- 2 Ebd. S. 115.
- 3 Vgl. dazu z.B. Christian Hillgruber / Christian Waldhoff (Hg.): 60 Jahre Bonner Grundgesetz – eine geglückte Verfassung?, Göttingen 2010; Peter Häberle: 60 Jahre deutsches Grundgesetz. Beiträge aus dem Jahrbuch des öffentlichen Rechts der Jahre 2009–2011, Tübingen 2011; Maximilian Steinbeis / Marion Detjen / Stephan Detjen: Die Deutschen und das Grundgesetz. Geschichte und Grenzen unserer Verfassung, München 2009, sowie die Beiträge in: Aus Politik und Zeitgeschichte 18–19/2009.
- 4 Vgl. zeitgenössisch zur westdeutschen Geschichtsschreibung Christoph Kleßmann: Ein stolzes Schiff und krächzende Möwen. Die Geschichte der Bundesrepublik und ihre Kritiker, in: Geschichte und Gesellschaft 11 (1985), S. 476–494, sowie zum Folgenden ausführlicher Edgar Wolfrum: Epilog oder Epoche? (Rück-)Blick der deutschen Geschichtswissenschaft vom Zeitalter der Zweistaatlichkeit bis zur Gegenwart, in: Herfried Münkler / Jens Hacke (Hg.): Wege in die neue Bundesrepublik. Politische Mythen und kollektive Selbstbilder nach 1989, Frankfurt a. M. 2009, S. 33–64; Eckart Conze: Die Suche nach Sicherheit. Eine Geschichte der Bundesrepublik Deutschland von 1949 bis in die Gegenwart, München 2009, S. 10; Paul Nolte: Von Glück und Streit, Lernen und Stabilität. Historiografische Meistererzählungen deutscher Demokratie, in: Thomas Hertfelder / Ulrich Lappenküper / Jürgen Lillteicher (Hg.): Erinnern an Demokratie in Deutschland. Demokratiegeschichte in Museen und Erinnerungsstätten der Bundesrepublik, Göttingen 2016, S. 121–137, hier S. 132.
- 5 Karl Dietrich Bracher: Vom Machtwechsel zur Wende, in: Ders. / Wolfgang Jäger / Werner Link: Republik im Wandel 1969–1974. Die Ära Brandt, Stuttgart/Mannheim 1986, S. 7–12, hier S. 12.
- 6 Karl Dietrich Bracher: Politik und Zeitgeist. Tendenzen der siebziger Jahre, in: Ders. / Jäger / Link, Republik, S. 285–406, hier z. B. S. 319, 377, 384.
- 7 Martin Broszat: Einleitung, in: Ders. (Hg.): Essays zur Periodisierung der deutschen Nachkriegsgeschichte, München 1990, S. 9f, hier S. 10. Zehn Jahre später sollte Hans Mommsen, sichtlich irritiert über die »heute schreibende Generation« junger Historikerinnen und Historiker, an Broszats Diagnose nochmals anknüpfen und noch 1999 auf »gewisse Ähnlichkeiten mit der so gescholtenen Weimarer Republik« verweisen, Hans Mommsen: Die Bundesrepublik Deutschland: Kontinuität und Neubeginn, in: Eckart Conze / Gabriele Metzler (Hg.): 50 Jahre Bundesrepublik. Daten und Diskussionen, Stuttgart 1999, S. 13–21, hier S. 20f.
- 8 Jürgen Seifert: Die Verfassung, in: Wolfgang Benz (Hg.): Die Bundesrepublik. Geschichte in drei Bänden, Bd.1: Politik, Frankfurt 1983, S. 36–62, hier S. 55. Eine ähnlich kritische Bilanz hatte wenige Jahre zuvor der Politologe Hans Karl Rupp: Politische Geschichte der Bundesrepublik Deutschland. Entstehung und Entwicklung, Stuttgart u.a. 1978, gezogen.

- 9 Vgl. Christian Schletter: Grabgesang der Demokratie. Die Debatten über das Scheitern der bundesdeutschen Demokratie von 1965 bis 1985, Göttingen 2015.
- 10 So Till van Rahden: Demokratie. Eine gefährdete Lebensform, Frankfurt/New York 2019. Zum Wandel des historiographischen Blicks auf die Bundesrepublik vgl. auch Nolte: Glück, in: Hertfelder / Lappenküper / Lillteicher, *Erinnern*, S. 121–137.
- 11 Vgl. Kleßmann, Schiff.
- 12 Die Beiträge zur Analyse und Kritik dieses mächtigen Theorems würden mittlerweile eine Bibliothek füllen. Vgl. z.B.: Karl Dietrich Bracher (Hg.): *Deutscher Sonderweg – Mythos oder Realität?*, München 1982; Helga Grebing: *Der »deutsche Sonderweg« in Europa 1806–1945. Eine Kritik*, Stuttgart u. a. 1986; Heinrich August Winkler: *Der lange Weg nach Westen*, Bd. 2: *Deutsche Geschichte vom »Dritten Reich« bis zur Wiedervereinigung*, München 2000, S. 640–657; Thomas Welskopp: *Identität ex negativo. Der »deutsche Sonderweg« als Metaerzählung in der bundesdeutschen Geschichtswissenschaft der siebziger und achtziger Jahre*, in: Konrad H. Jarausch / Martin Sabrow (Hg.): *Meistererzählung. Deutungslinien der deutschen Nationalgeschichte nach 1945*, Göttingen 2002, S. 109–139; Konrad H. Jarausch / Michael Geyer: *Shattered Past. Reconstructing German Histories*, Princeton 2003, S. 91–108; Margaret Lavinia Anderson: *Ein Demokratiedefizit? Das Deutsche Kaiserreich in vergleichender Perspektive*, in: Tim B. Müller / Hedwig Richter (Hg.): *Geschichte und Gesellschaft. Zeitschrift für historische Sozialwissenschaft*. Nr. 3/2018, S. 367–389.
- 13 Vgl. Hans-Peter Schwarz: *Mit gestopften Trompeten. Die Wiedervereinigung aus der Sicht westdeutscher Historiker*, in: *Geschichte in Wissenschaft und Unterricht* 44 (1993), S. 683–708.
- 14 Vgl. Nolte, Glück, S. 127; dezidiert Hedwig Richter: *Wir Untertanen*, in: *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, 22.06.2018, <https://www.faz.net/aktuell/feuilleton/hochschule/sonderweg-im-deutschen-kaiserreich-1900-wir-untertanen-15647068-p2.html> [22.11.2019].
- 15 Vgl. Welskopp, *Identität*.
- 16 Vgl. ebd., bes. S. 114–116; Wolfrum, (Rück-)Blick; Jarausch / Geyer, *Shattered Past*, S. 91–108.
- 17 Karl Dietrich Bracher: *Die deutsche Diktatur. Entstehung, Struktur, Folgen des Nationalsozialismus*, Köln 1979, S. 544 (Nachwort zur 5. Aufl.); ders., *Politik*, S. 406.
- 18 Hans Mommsen: *Aus Eins mach Zwei. Die Bi-Nationalisierung Rest-Deutschlands*, in: *Die Zeit*, Nr.7 v. 6.2.1981.
- 19 Bracher, *Politik*, S. 405.
- 20 So Winkler, *Weg*, Bd. 2, S. 655.
- 21 Dolf Sternberger: *Verfassungspatriotismus*, in: *Frankfurter Allgemeine Zeitung* v. 23. 05.1979, S. 1, jetzt in Ders.: *Verfassungspatriotismus*, Frankfurt 1990, S. 13–16.
- 22 Vgl. hierzu z.B. Winkler, *Weg*, Bd. 2, S. 432–439; zu den Versionen des Konzepts und der Kritik daran vgl. Jan-Werner Müller: *Verfassungspatriotismus*, Berlin 2010; das Zitat auf S. 35.
- 23 Vgl. z.B. Jürgen Habermas: *Nochmals: Zur Identität der Deutschen. Ein einzig Volk von aufgebrachtten Wirtschaftsbürgern?*, in: Ders.: *Die nachholende Revolution. Kleine*

- politische Schriften VII, Frankfurt 1990, S. 205–224; zur internationalen Rezeption vgl. Müller, Verfassungspatriotismus, S.36–59.
- 24 In diesem Zusammenhang wird gerne der Innenminister im letzten Kabinett Adenauer, Hermann Höcherl, zitiert, der im September 1963 über die Mitarbeiter des Verfassungsschutzes sagte: »Die Beamten können nicht den ganzen Tag mit dem Grundgesetz unter dem Arm herumlaufen«, vgl. Wolfram Dorn: Erinnerungen. Abgeordnete des Deutschen Bundestages. Bd. 15, München 1996, S. 111.
- 25 Vgl. Erhard M.H. Lange: Die Würde des Menschen ist unantastbar. Der Parlamentarische Rat und das Grundgesetz, Heidelberg 1993, S. 59–64; Herfried Münkler: Die Deutschen und ihre Mythen, Berlin ²2009, S. 455–476.
- 26 Lange, Würde, S. 63.
- 27 Vgl. Sebastian Ullrich: Der Weimar-Komplex. Das Scheitern der ersten deutschen Demokratie und die politische Kultur der frühen Bundesrepublik, Göttingen 2009, S. 292–308.
- 28 Müller, Verfassungspatriotismus, S. 30.
- 29 Münkler, Die Deutschen, S. 455-476; Ders.: Die Logik des Mythos. Eine kleine politische Mythengeschichte der Bundesrepublik, in: Ästhetik & Kommunikation 129/30 (2005), S. 61–71.
- 30 Harald Jähner: Wolfszeit. Deutschland und die Deutschen 1945–1955, Berlin 2019, S. 259.
- 31 Darin will Winkler, Weg, Bd. 2, S. 620, einen frühen Gründungsmythos der Bundesrepublik sehen. Der allerdings dürfte bestenfalls der Mythos einer schmalen Teilleite gewesen sein.
- 32 Vgl. Wolfgang Abelshäuser: Deutsche Wirtschaftsgeschichte nach 1945, München (Bonn) 2011, S. 283–295; Ders.: Wunder gibt es immer wieder. Mythos Wirtschaftswunder, in: Aus Politik und Zeitgeschichte 27/2018, S. 4–10; Mark Spoerer: Wohlstand für alle, in: Thomas Hertfelder / Andreas Rödter (Hg.): Modell Deutschland. Erfolgsgeschichte oder Illusion, Göttingen 2007, S. 28–43.
- 33 Vgl. <https://www.ludwig-erhard-zentrum.de>. [22.11.2019]
- 34 Vgl. Münkler, Die Deutschen, S. 474f; Dietrich Thränhardt: Geschichte der Bundesrepublik Deutschland 1949–1990, erweiterte Neuausgabe Frankfurt 1996, S. 15.
- 35 Vgl. Andreas Wirsching: Abschied vom Provisorium. Geschichte der Bundesrepublik Deutschland 1982–1990, München 2006, S. 530–533; ders.: Ist die Geschichte der europäischen Integration beendet?, in: Hertfelder / Rödter, Modell Deutschland, S. 155–170, hier S. 161–165.
- 36 Michel Foucault: Die Geburt der Biopolitik. Geschichte der Gouvernementalität, Frankfurt am Main 2004, S. 126.
- 37 Harold James: A German Identity. 1770–1990, London 1989, S. 218.
- 38 Ludolf Herbst: Option für den Westen. Vom Marshallplan bis zum deutsch-französischen Vertrag, München 1989, S. 126. In der zweiten Auflage seines Buches korrigierte sich Herbst wie folgt: »Die Staatsräson der Bundesrepublik *war lange Zeit* der wirtschaftliche Erfolg [Hervorhebung T.H.]«, ebd., ²1996, S. 126. Vgl. auch Christoph

- Kleißmann: Zwei Staaten, eine Nation. Deutsche Geschichte 1955–1970, Göttingen 1988, S. 21.
- 39 Vgl. dazu auch Seifert, Verfassung; Gerold Ambrosius: Das Wirtschaftssystem, in: Benz, Bundesrepublik, Bd. 1, S. 238–297; Siegfried Mielke und Fritz Vilmar: Die Gewerkschaften, ebd., S. 192–237. Der ebenfalls von Wolfgang Benz herausgegebene Folgeband »Die Gesellschaft«, Frankfurt 1983, wirft ein ausgesprochen kritisches Licht auf einzelne Segmente des sozialen Lebens der Bundesrepublik, etwa wenn Kaspar Maase: Freizeit, ebd., S. 209–233, die Freizeit als »Verlängerung aus der Arbeit herrührender sozialer Herrschaftsverhältnisse« (S. 225) interpretiert.
- 40 Andreas Wirsching: Vom »Lehrstück Weimar« zum Lehrstück Holocaust? In: Aus Politik und Zeitgeschichte 1–3 (2012); Elke Seefried: Die Krise der Weimarer Demokratie – Analogien zur Gegenwart? In: Aus Politik und Zeitgeschichte 40–42 (2016), S. 18–23; Ullrich, Weimar-Komplex; Christoph Gusy (Hg.): Weimars lange Schatten. »Weimar« als Argument nach 1945, Baden-Baden 2003.
- 41 Vgl. auch Nolte, Glück, sowie den Tenor bei Konrad Jarausch: After Hitler. Recivilizing Germans 1945–1995, Oxford 2006. Deutsche Ausgabe: Die Umkehr. Deutsche Wandlungen 1945–1995, München 2004; zur »Schönwetterdemokratie« und ihren »Bewährungsproben« vgl. ebd., S. 193–201. – Insgesamt ist die Geschichtsschreibung zur Bundesrepublik freilich differenzierter. So haben bereits in den 1980er Jahren Hans-Peter Schwarz: Die Ära Adenauer. Gründerjahre der Republik, Stuttgart 1981, ders.: Die Ära Adenauer. Epochenwechsel 1957–1963, Stuttgart 1983, sowie Klaus Hildebrand: Von Erhard zur Großen Koalition, Stuttgart 1984, die Meistererzählung der Bundesrepublik als eine Erfolgsgeschichte – keineswegs unwidersprochen – vorbereitet, während Christoph Kleißmanns Standardwerke »Die doppelte Staatsgründung. Deutsche Geschichte 145–1955«, Bonn 1986, sowie ders., Zwei Staaten, auf zurückgenommene Weise eher das kritische Narrativ pflügen.
- 42 Vgl. den politikwissenschaftlichen Forschungsbericht von Stefan Goch: Deutschlands Erfolgsweg zur demokratischen Gesellschaft? Zu neueren Darstellungen der Entwicklung der Bundesrepublik Deutschland, in: Archiv für Sozialgeschichte 41 (2001), S. 633–662; aus historischer Perspektive Conze, Suche, S. 11; Nolte, Glück, sowie Thomas Hertfelder: Opfer, Täter, Demokraten. Über das Unbehagen an der Erinnerungskultur und die neue Meistererzählung der Demokratie, in: Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte 65 (2017), S. 365–393.
- 43 Vgl. Konrad Jarausch / Martin Sabrow: »Meistererzählung« – Zur Karriere eines Begriffs, in: Dies., Meistererzählung, S. 9–32; Matthias Middell u.a.: Sinnstiftung und Systemlegitimation durch historisches Erzählen. Überlegungen zu Funktionsmechanismen von Repräsentationen des Vergangenen, in: Dies. (Hg.): Zugänge zur historischen Meistererzählung, Leipzig 2000, S. 7–35, hier S. 24.
- 44 Vgl. für den deutschen Fall Jarausch / Geyer, Shattered Past.
- 45 Eine wichtige historiographische Vorbereitung der Meistererzählung lieferte allerdings bereits Schwarz, Ära Adenauer. Gründerjahre; ders., Ära Adenauer. Epochenwechsel.
- 46 Vgl. Moritz Malzer: Ausstellungsstück Nation. Die Debatte um die Gründung des Deutschen Historischen Museums in Berlin, Bonn 2005; Wirsching, Abschied S. 466–491.
- 47 Vgl. auch Thränhardt, Geschichte, S. 282.

- 48 Vgl. z.B. die Zitatelese bei Peter Reichel: Politik mit der Erinnerung. Gedächtnisorte im Streit um die nationalsozialistische Vergangenheit, München/Wien 1995, S. 249–253.
- 49 Für die folgende Analyse werden herangezogen: Abelshausen, Deutsche Wirtschaftsgeschichte; Conze, Suche; Ulrich Herbert: Geschichte Deutschlands im 20. Jahrhundert, München 2014; Konrad Jarausch: Die Umkehr. Deutsche Wandlungen 1945–1995, Bonn 2004; Axel Schildt: Ankunft im Westen. Ein Essay zur Erfolgsgeschichte der Bundesrepublik, Frankfurt 1999; Thränhardt, Geschichte; Winkler, Weg, Bd. 2; Edgar Wolfrum: Die geglückte Demokratie. Geschichte der Bundesrepublik Deutschland von ihren Anfängen bis zur Gegenwart, Stuttgart 2006.
- 50 Vgl. Hayden White: Metahistory. Die historische Einbildungskraft im 19. Jahrhundert in Europa, Frankfurt 1991 [amerikanische Erstaufgabe Baltimore 1973].
- 51 Vgl. hierzu Daniel Fulda: Formen des Erzählens in der Zeitgeschichte. Gegenläufige Trends und ihr Zusammenhang, in: Zeithistorische Forschungen 6 (2009), S. 435–440.
- 52 Par excellence gilt dies für Winkler, Weg, Bd. 2, aber auch für Schildt, Ankunft, oder Jarausch, Umkehr, der das 5. Kapitel seines Buches »Ankunft in der Demokratie« überschrieben hat; vgl. dazu auch Nolte, Glück, S. 129f.
- 53 Nolte, Glück, S. 131.
- 54 Weitere Akteure der Meisterzählung – die Medien, der Geschichtsunterricht, Politikerinnen und Politiker – sollen im Folgenden außer Betracht bleiben.
- 55 Vgl. z.B. Peter Graf Kielmansegg: Nach der Katastrophe. Eine Geschichte des geteilten Deutschland, Berlin 2000, S. 315–318.
- 56 Kritisch dazu Andreas Biefang: Gründungsmythen der parlamentarischen Demokratie? Erinnern an die Verfassungsgebungen von 1848/49 und 1948/49 am historischen Ort, in: Hertfelder / Lappenküper / Lillteicher, Erinnern, S. 179–196.
- 57 Vgl. hierzu auch Müller, Verfassungspatriotismus, S. 94–97. Auf Grund der ebenfalls ausgestellten Schreibuntensilien gerät das Grundgesetz zudem in die Nähe einer Berührungsreliquie; vgl. hierzu auch Achim Saupe: Berührungsreliquien. Die geschichtsreligiöse Aufladung des Authentischen im historischen Museum, in: Zeiträume. Potsdamer Almanach des Zentrums für Zeithistorische Forschung 2018, hg. v. Frank Bösch u. Martin Sabrow, Göttingen 2018, S. 133–146. Zum »Original« des Grundgesetz-Textes vgl. Dieter Grimm: Grundgesetz, in: Deutsches Literaturarchiv Marbach (Hg.): Der Wert des Originals, Marbach 2014, S. 133–136.
- 58 Wolfrum, Demokratie, S. 40. Ähnlich Conze, Suche, S. 42, sowie vor allem Jarausch, Umkehr, S. 202f. Vgl. dagegen die noch ganz nüchterne, analytische Darstellung bei Kleßmann, Staatsgründung, S. 193–202.
- 59 Vgl. dazu auch Dieter Grimm: Wie sähe heute ein neues Grundgesetz aus?, in: Hans Michael Heinig / Frank Schorkopf (Hg.): 70 Jahre Grundgesetz. In welcher Verfassung ist die Bundesrepublik?, Göttingen 2019, S. 287–301, bes. S. 297–300.
- 60 Christoph Möllers: Das Grundgesetz. Geschichte und Inhalt, München 2009, S. 97.
- 61 Vgl. z.B. Klaus Hildebrand: Integration und Souveränität. Die Außenpolitik der Bundesrepublik Deutschland, Bonn 1991; Herbst: Option; Gregor Schöllgen: Die Außen-

politik der Bundesrepublik Deutschland. Von den Anfängen bis zur Gegenwart, München 1999.

- 62 Den Begriff der Revolution findet man z.B. bei Hermann Graml: Die Außenpolitik, in: Benz, Bundesrepublik, Bd. 1, S. 331–377, hier S. 342; Hildebrand, Integration, S. 25; Horst Möller: Was waren die langen Linien der deutschen Außen- und Europapolitik seit Adenauer?, in: Dominik Geppert / Hans Jörg Hennecke (Hg.): Interessen, Werte, Verantwortung. Deutsche Außenpolitik zwischen Nationalstaat, Europa und dem Westen, Paderborn 2019, S. 67–75, hier S. 67. Zum Forschungsüberblick vgl. Ulrich Lappenküper: Die Außenpolitik der Bundesrepublik Deutschland 1949 bis 1990, München 2008, S. 47–116.
- 63 Vgl. Andreas Rödder: Westbindung und transatlantische Allianz – ein Relikt des Kalten Krieges?, in: Hertfelder / Rödder, Modell Deutschland, S. 139–154.
- 64 Vgl. dazu insbesondere Hans-Peter Schwarz: Republik ohne Kompass. Anmerkungen zur deutschen Außenpolitik, Berlin 2005.
- 65 So Kleßmann, Zwei Staaten, S. 469; ähnlich Winkler, Weg, Bd. 2, S. 636.
- 66 Hans-Peter Schwarz: Die Eingliederung der Bundesrepublik in die westliche Welt, in: Ludolf Herbst / Werner Bühner / Hanno Sowade (Hg.): Vom Marshallplan zur EWG. Die Eingliederung der Bundesrepublik in die westliche Welt, München 1990, S. 593–612, hier S. 607; Lappenküper, Außenpolitik, S. 69.
- 67 Klessmann, Zwei Staaten, S. 469.
- 68 Vgl. Bracher / Jäger / Link, Republik, bes. S. 275–282; Wolfrum, Demokratie, S. 429.
- 69 Wolfrum, Demokratie, S. 429, 295 (Zitat), 314.
- 70 Explizit etwa bei Peter Bender: Deutschlands Wiederkehr. Eine ungeteilte Nachkriegsgeschichte 1945–1990, Stuttgart 2007; vgl. auch Andreas Rödder: Deutschland einig Vaterland. Die Geschichte der Wiedervereinigung, München 2009, S. 205; Conze, Sicherheit, S. 438f, sowie die kritische Analyse bei Philipp Gassert: »Vertrauen, Einsicht und guten Willen zu wecken«. Überlegungen zu einem Zentralbegriff deutscher Außenpolitik, in: Reinhild Kreis: Diplomatie mit Gefühl. Vertrauen, Misstrauen und die Außenpolitik der Bundesrepublik Deutschland, Berlin/München/Boston 2015, S. 17–32; Bernhard Gotto: Kommentar, in: ebd., S. 97–106.
- 71 Winkler, Weg, Bd. 2, S. 637.
- 72 Ähnlich »dialektisch« hatte Winkler bereits bei der Einordnung der Adenauerschen Option für den Westen argumentiert, die sich Winkler zufolge ohne die nationale Position der SPD Kurt Schumachers kaum hätte durchsetzen lassen, vgl. Winkler, Weg, Bd. 2, S. 142. Kritisch zu dieser Sicht Conze, Suche, S. 755.
- 73 Anselm Doering-Manteuffel: Eine politische Nationalgeschichte für die Berliner Republik. Überlegungen zu Heinrich August Winklers »Der lange Weg nach Westen«, in: Geschichte und Gesellschaft 27 (2001), S. 446–462, hier S. 446.
- 74 Conze, Sicherheit, S. 887; ähnlich Thränhardt, Bundesrepublik (1996), S. 318; Jarausch, Umkehr, S. 201.
- 75 Thränhardt, Geschichte, S. 156.
- 76 Herbert, Geschichte, S. 929.

- 77 Vgl. Anm. 46.
- 78 Vgl. hierzu auch Klaus von Beyme: Das politische System der Bundesrepublik Deutschland nach der Wiedervereinigung, Opladen 1999, der in seinem Vorwort von seinem »Schockerlebnis« berichtet, dass sich das politische System der Bundesrepublik selbst nach der Wiedervereinigung kaum geändert habe. Vgl. auch Ralf Dahrendorf: Es lebe der Unterschied! Deutschland und Großbritannien in Europa, in: Gerhard A. Ritter/Peter Wende (Hg.): Rivalität und Partnerschaft. Studien zu den deutsch-britischen Beziehungen im 19. und 20. Jahrhundert, Paderborn u.a. 1999, S.363–370.
- 79 Vgl. Paul Nolte: Was ist Demokratie? Geschichte und Gegenwart, München 2012, S. 284–293; Manfred G. Schmidt: Demokratietheorien, Opladen 2000, S. 197–212; Jan Werner Müller: Das demokratische Zeitalter. Eine politische Ideengeschichte Europas, Bonn 2013, S. 247–254; zur politischen Praxis Thomas Großbölting/Stefan Lehr (Hg.): Politisches Entscheiden im Kalten Krieg. Orte, Praktiken und Ressourcen in Ost und West, Göttingen 2020.
- 80 Conze, Suche, S. 110. Diese Auffassung vertritt vor allem auch Wirsching, Abschied.
- 81 Mark Spoerer/Jochen Streb: Neue deutsche Wirtschaftsgeschichte des 20. Jahrhunderts, München 2013, S. 219.
- 82 Abelshausen, Wirtschaftsgeschichte, S. 50–53.
- 83 Vgl. hierzu im einzelnen Abelshausen, Wirtschaftsgeschichte, S. 92–172. Zur Diskussion der verschiedenen theoretischen Erklärungsansätze vgl. z.B. Spoerer, Wohlstand, sowie Hans-Ulrich Wehler: Deutsche Gesellschaftsgeschichte, fünfter Band: 1949–1989, München 2008, S. 48–53.
- 84 Vgl. hierzu die Überlegungen bei Andreas Wirsching: Politische Generationen, Konsumgesellschaft, Sozialpolitik, in: Anselm Doering-Manteuffel (Hg.): Strukturmerkmale der deutschen Geschichte des 20. Jahrhunderts, München 2006, S. 43–64, bes. S. 57–59. Für Thränhardt, Geschichte, S. 76, war die »soziale Marktwirtschaft, ob sie nun existierte oder nicht, zur Leitideologie der Bundesrepublik Deutschland geworden«; vgl. hierzu auch Herbert, Geschichte, S. 628, Conze, Suche, S. 179f, Winkler, Weg, Bd. 2, S. 221.
- 85 Schildt, Ankunft, S. 103.
- 86 Vgl. Wirsching, Generationen; Heinz-Gerhard Haupt: Der Siegeszug der Konsumgesellschaft, in: Martin Sabrow/Peter Ulrich Weiß (Hg.): Das 20. Jahrhundert vermessen. Signaturen eines vergangenen Zeitalters, Göttingen 2017, S. 219–240; zum Zusammenhang von Politik und Konsum vor allem Claudius Torp: Wachstum, Sicherheit, Moral. Politische Legitimationen des Konsums im 20. Jahrhundert, Göttingen 2012.
- 87 Vgl. z.B. Ulrich Beck/Elisabeth Beck-Gernsheim (Hg.): Riskante Freiheiten. Individualisierung in modernen Gesellschaften, Frankfurt 1994; Andreas Reckwitz: Die Gesellschaft der Singularitäten. Zum Strukturwandel der Moderne, Frankfurt a. M. 2017.
- 88 Vgl. Jarausch, Umkehr, S. 127f; Hertfelder/Rödder, Modell Deutschland; Herbert, Geschichte, S. 883.
- 89 Vgl. hierzu auch Helmut Tritschler: »Made in Germany«: Die Bundesrepublik als Wissensgesellschaft und Innovationssystem, in: Hertfelder/Rödder, Modell Deutschland, S. 44–60.

- 90 Vgl. Dominik Geppert: Maggie Thatchers Rosskur – ein Rezept für Deutschland?, Berlin 2003; Frank Bösch / Thomas Hertfelder / Gabriele Metzler (Hg.): Grenzen des Neoliberalismus. Der Wandel des Liberalismus im späten 20. Jahrhundert, Stuttgart 2018.
- 91 Conze, Suche, S. 546–554. Vgl. hierzu auch Winfried Süß: Umbau am »Modell Deutschland«. Sozialer Wandel, ökonomische Krise und wohlfahrtsstaatliche Reformpolitik in der Bundesrepublik Deutschland »nach dem Boom«, in: Journal of Modern European History 9 (2011), S. 215–240.
- 92 Herbert, Geschichte, S. 1244–1247, hier S. 1247; vgl. auch Conze, Sicherheit, S. 908–916; Wolfrum, Demokratie, S. 483, streift das Thema nur knapp.
- 93 Edgar Wolfrum: Rot-Grün an der Macht. Deutschland 1998–2005, München 2013, S. 580.
- 94 Vgl. hierzu auch vor allem den wirtschaftshistorischen Präzeptor dieses Modells: Abelshäuser, Wirtschaftsgeschichte, S. 480–529.
- 95 Abelshäuser, Wirtschaftsgeschichte, S. 285. Vgl. auch Horst Albach u.a.: Soziale Marktwirtschaft: Eine Erfolgsgeschichte, in: Max Kaase / Günther Schmid (Hg.): Eine lernende Demokratie. 50 Jahre Bundesrepublik Deutschland, Berlin 1999, S. 499–528.
- 96 Rede zur Eröffnung des Ludwig-Erhard-Zentrums am 8. Mai 2018, URL: www.bundespraesident.de/SharedDocs/Reden/DE/Frank-Walter-Steinmeier/Reden/2018/05/180518-Frankentag-Fuerth.html [22.11.2019].
- 97 Philipp Gassert: Bewegte Gesellschaft. Deutsche Protestgeschichte seit 1945, Stuttgart 2018.
- 98 Gassert, Gesellschaft, S. 272–281, hier S. 279. Er relativiert seine These jedoch insofern, als er einräumt, dass »unbeabsichtigte Folgen, gescheiterte Revolutionen und Reaktionen etablierter Mächte auf Protest [...] eine Gesellschaft voranbringen und modernisieren« können, ebd. S. 274. Von dieser Annahme gehen auch die Vertreter der Meistererzählung aus.
- 99 Vgl. z.B. Thränhardt, Geschichte, S. 180. Kleßmann, Zwei Staaten, S. 256, bezeichnet die außerparlamentarische Opposition der späten 1960er Jahre sogar ausdrücklich als »Motor gesellschaftlicher Veränderungen«, während Herbert, Geschichte, S. 1003f, präziser und mit Nachdruck die eigentlich schwer bestreitbare These vertritt, dass die Protestbewegungen insbesondere der achtziger Jahre maßgeblich zur Pluralisierung und Liberalisierung der politischen Kultur der Bundesrepublik beigetragen haben.
- 100 Jarausch, Umkehr, S. 237.
- 101 Vgl. Ulrich Herbert: Liberalisierung als Lernprozeß. Die Bundesrepublik in der deutschen Geschichte – eine Skizze, in: Ders. (Hg.): Wandlungsprozesse in Westdeutschland. Belastung, Integration, Liberalisierung 1945-1980, Göttingen 2002, S. 7–52, hier S. 12f; Jarausch, Umkehr, S. 243–246; Nolte, Demokratie, S. 369–400.
- 102 Stiftung Haus der Geschichte der Bundesrepublik (Hg.): Unsere Geschichte. Deutschland seit 1945, Bielefeld/Berlin 2012, S. 198; vgl. auch Jarausch, Umkehr, S. 237–242.
- 103 Jarausch, Umkehr, S. 238.

- 104 Herbert, Geschichte, S. 864.
- 105 Conze, Suche, S. 357, 359.
- 106 Wolfrum, Demokratie, S. 405.
- 107 Zum Begriff der deliberativen Demokratie vgl. Jürgen Habermas: Drei normative Modelle der Demokratie. Zum Begriff deliberativer Demokratie, in: Herfried Münkler (Hg.): Die Chancen der Freiheit. Grundprobleme der Demokratie, München/Zürich 1992, S. 11–24; Nolte, Demokratie, S. 395–399; Schmidt, Demokratietheorien; Henning Ottmann / Paro Barišić (Hg.): Deliberative Demokratie, Baden-Baden 2015.
- 108 Kaase / Schmidt (Hg.), lernende Demokratie. Dieser Aspekt bildet auch das Leitmotiv der Analyse bei Jarausch, Umkehr.
- 109 Vgl. Friedhelm Neidhardt / Dieter Rucht: Protestgeschichte der Bundesrepublik, in: Kaase / Schmidt, lernende Demokratie, S. 129–164, bes. S. 161; Nolte, Demokratie, S. 395–400, 421–425.
- 110 Vgl. auch Conze, Suche, S. 667–670.
- 111 Vgl. Arnd Bauerkämper / Konrad H. Jarausch / Markus M. Payk (Hg.): Demokratie-wunder. Transatlantische Mittler und die kulturelle Öffnung Westdeutschlands 1945–1970, Göttingen 2005.
- 112 Wolfrum, Demokratie, S. 11; ähnlich Jähner, Wolfszeit, S. 405. Vgl. auch Jens Hacke: Die Bundesrepublik als Idee. Zur Legitimitätsbedürftigkeit politischer Ordnung, Hamburg 2009, S. 29f.
- 113 Schildt, Modernisierung, spricht hingegen von fortschreitender »Pluralisierung« und setzt dabei andere Akzente, zumal er sich auf die junge Bundesrepublik beschränkt.
- 114 Herbert, Liberalisierung, hier S. 8f.
- 115 Herbert, Liberalisierung, S. 14.
- 116 Thränhardt, Geschichte, S. 151–156.
- 117 Herbert, Geschichte, S. 835–865, S. 862–865, S. 1003 (Zitat).
- 118 So z.B. Herbert, Geschichte, S. 814–820.
- 119 Vgl. Anselm Doering-Manteuffel: Wie westlich sind die Deutschen? Amerikanisierung und Westernisierung im 20. Jahrhundert, Göttingen 1999. Zentral ist dieser Aspekt bei Jarausch, Umkehr, bes. S. 137–170.
- 120 Vgl. dazu Herbert, Liberalisierung, sowie ebd. S. 30 (Zitat), sowie bereits Axel Schildt / Arnold Sywottek (Hg.): Modernisierung im Wiederaufbau. Die westdeutsche Gesellschaft der 50er Jahre, Bonn 1993.
- 121 Winkler, Weg, S. 252f.
- 122 Möllers, Grundgesetz, S. 73–76. Vgl. zu diesem Aspekt auch Steinbeis / Detjen / Detjen, die Deutschen, S. 75–116.
- 123 »Wir sind die Bunte Republik Deutschland – und deshalb so erfolgreich«. Interview mit Christian Wulff in der Rhein-Neckar-Zeitung v. 12.05.2017, URL: https://www.rnz.de/politik/hintergrund_artikel,-Hintergrund-Politik-Ex-Bundespraesident-Wulff-im-RNZ-Interview-Wir-sind-die-Bunte-Republik-Deutschla-_arid,274814.html [22.11.2019].

- 124 Jaraus, Umkehr. Der weniger schmeichelhafte Titel der amerikanischen Übersetzung dieses Buches lautet: *After Hitler. Recivilizing Germans 1945–1995*. Vgl. auch Thränhardt, *Geschichte*, S. 10.
- 125 Vgl. dazu jetzt auch Hope M. Harrison: *After the Berlin Wall: Memory and the Making of the New Germany, 1989 to the Present*, Cambridge 2019.
- 126 Herbert, *Geschichte*, S. 1136.
- 127 Winkler, *Weg*, S. 638.
- 128 Hans-Ulrich Wehler: *Deutsche Gesellschaftsgeschichte*. Erster Band: *Vom Feudalismus des Alten Reiches bis zur Defensiven Modernisierung der Reformära 1700–1815*, München 1987, S. 35. Vgl. dazu die kritische Diskussion bei Winkler, *Weg*, Bd. 2, S. 648–651.
- 129 Vgl. Wolfrum, *Epilog*, S. 60. Zum revolutionären Charakter der Ereignisse vgl. aus ostdeutscher Perspektive Ilko-Sascha Kowalczuk: *Endspiel. Die Revolution von 1989 in der DDR*, München 2015, S. 541–554; Hartmut Zwahr: *Ende einer Selbstzerstörung. Leipzig und die Revolution in der DDR*, Göttingen 1993; aus westdeutscher Perspektive Rödder: *Deutschland*, S. 116f; Winkler, *Weg*, Bd. 2, S. 514, 560; vgl. auch Nolte, *Glück*, S. 133f.
- 130 Rainer Eppelmann / Robert Grünbaum: *Sind wir die Fans von Egon Krenz? Die Revolution 1989/90 war keine Wende*, in: *Deutschland Archiv* 5/2004, S. 864–869, hier S. 867.
- 131 Winkler, *Weg*, S. 560; Kowalczuk, *Endspiel*, S. 544.
- 132 Thränhardt, *Geschichte*, S. 317. Ähnlich Jaraus, *Umkehr*, S. 278, mit der merkwürdigen Feststellung, dass »der Sturz des Kommunismus [...] einer der wenigen wirklichen Erfolge der Demokratie in Deutschland« gewesen sei.
- 133 Dies zeigt schon eine cursorische Titelwortsuche im Bibliothekskatalog. Vgl. auch Martin Sabrow: »1989« als Erzählung, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte* 35-37/2019, S. 25–33.
- 134 Etwa Conze, *Suche*, S. 744; Wolfrum, *Nation*, S. 448; Bender, *Wiederkehr*, S. 225; Winkler, *Weg*, Bd. 2, S. 513f, 560. Herbert, *Geschichte*, S. 1091, sowie Jaraus, *Umkehr*, S. 268–276, hingegen meiden den Begriff ohne nähere Erörterung.
- 135 So vor allem Thränhardt, *Geschichte*, und Winkler, *Weg*, Bd. 2.
- 136 Winkler, *Weg*, Bd. 2, S. 517. So auch Ilko-Sascha Kowalczuk: *Eine Minderheit bahnte den Weg*, in: *Frankfurter Allgemeine Zeitung* Nr. 161 v. 15.07.2019, S. 9.
- 137 Vgl. Ralf Dahrendorf: *Reflections on the Revolution in Europe. In a Letter Intended to Have Been Sent to a Gentleman in Warshaw*, London 1990.
- 138 Conze, *Suche*, S. 744–746.
- 139 Vgl. die wütende Abrechnung bei Kowalczuk, *Endspiel*, S. 550–553.
- 140 Vgl. Kowalczuk, *Endspiel*; Zwahr, *Ende*; Patrick Wagner: *Schritte zur Freiheit. Die friedliche Revolution 1989/90 in Halle an der Saale*, Halle 2009; Michael Richter: *Die Friedliche Revolution. Aufbruch zur Demokratie in Sachsen 1989/90*, 2 Bde., Göttingen 2009.

- 141 Vgl. Hertfelder, Meistererzählung, S. 174–176; Sebastian Klinge: 1989 und wir. Geschichtspolitik und Erinnerungskultur nach dem Mauerfall, Bielefeld 2015, S. 212–247.
- 142 Vgl. den Katalog zur Ausstellung: DEMOKRATIE jetzt oder nie, hg. v. d. Stiftung Haus der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland, Leipzig ³2012.
- 143 White, Metahistory, S. 21–25, 197–213.
- 144 Vgl. hierzu Ulrike Jureit / Christian Schneider: Gefühlte Opfer. Illusionen der Vergangenheitsbewältigung, Stuttgart 2010; Martin Sabrow: Die Lust an der Vergangenheit. Kommentar zu Aleida Assmann, in: Zeitgeschichtliche Forschungen 4 (2007), S. 386–392; Ders.: Die Krise der Erinnerungskultur, in: Merkur 72 (2018), S. 92–98; Thomas Hertfelder: Das Unbehagen an der Erinnerungskultur. Rekonstruktion und Kritik einer Debatte, in: Gespaltene Erinnerung? Diktatur und Demokratie an Museen und Gedenkorten in Baden-Württemberg, hg. v. d. Landeszentrale für politische Bildung Baden-Württemberg, Stuttgart 2018, S. 15–22.
- 145 Thränhardt, Geschichte, S. 113–116; Winkler, Weg, S. 166–176; Wolfrum, Demokratie, S. 169–181; Conze, Suche, S. 155–157; Herbert, Geschichte, S. 657–669. Jaraus, Umkehr, S. 66–75, hingegen konzentriert sich fast ausschließlich auf die von den Westalliierten vorgenommenen »Säuberungen«, denen er einen langfristigen Erfolg attestiert.
- 146 Winkler, Weg, Bd. 2, S. 440–447; Wolfrum, S. 180f, Conze, Suche, S. 250–258; Herbert, Geschichte, S. 769–777.
- 147 Bzw. ihrer »Ankunft im Westen«, vgl. dazu Winkler, Weg, Bd. 2, S. 440–447, sowie S. 656f. Vgl. dagegen Stephan Alexander Glienke / Volker Paulmann / Joachim Perels (Hg.): Erfolgsgeschichte Bundesrepublik? Die Nachkriegsgesellschaft im langen Schatten des Nationalsozialismus, Göttingen 2008.
- 148 Herbert, Geschichte, S. 1251f; vgl. auch Schildt, Ankunft, S. 109; Jaraus, Umkehr, S. 354.
- 149 Darauf weist bereits 1996 Thränhardt, Geschichte, S. 10, hin.
- 150 Wozu sich z.B. Jaraus, Umkehr, S. 7, explizit bekennt.
- 151 Vgl. z.B. Frank Biess: Die Republik der Angst. Eine andere Geschichte der Bundesrepublik, Hamburg 2019; Willi Winkler: Das braune Netz. Wie die Bundesrepublik von früheren Nazis zum Erfolg geführt wurde, Berlin 2019.
- 152 Z.B. Kielmansegg, Katastrophe; Andreas Rödder: 21.0. Eine kurze Geschichte der Gegenwart, München 2015; Frank Bösch: Zeitenwende 1979. Als die Welt von heute begann, München 2019.
- 153 So Axel Schildts kritische Einlassung zur Erfolgsgeschichte, vgl. ders: Fünf Möglichkeiten, die Geschichte der Bundesrepublik zu erzählen, in: Blätter für deutsche und internationale Politik 44 (1999), S. 1234–1244, hier S. 1235f.
- 154 Vgl. Walter Dirks: Der restaurative Charakter der Epoche, in: Frankfurter Hefte 5 (1950), S. 942–954; Harry Pross: Dialektik der Restauration, Olten 1965; Ernst-Ulrich Huster u.a. (Hg.): Determinanten der westdeutschen Restauration 1945–1949, Frankfurt 1972; Theo Pirker: Die verordnete Demokratie. Grundlagen und Erscheinungen der »Restauration«, Berlin 1977; zur Restaurationsthese vgl. auch Jürgen Kocka:

1945. Neubeginn oder Restauration?, in: Ders.: Arbeiten an der Geschichte. Gesellschaftlicher Wandel im 19. und 20. Jahrhundert, Göttingen 2011, S. 256–259.
- 155 Vgl. Karl Jaspers: Wohin treibt die Bundesrepublik? Tatsachen, Gefahren, Chancen, München 1966; Ders.: Wohin treibt die Bundesrepublik? in: Der Spiegel Nr. 17 v. 18.4.1966, S. 49–54; Ders.: Antwort: Zur Kritik meiner Schrift: »Wohin treibt die Bundesrepublik?«, München 1967.
- 156 Vgl. z.B. Meinhard Miegel: Die deformierte Gesellschaft. Wie die Deutschen ihre Wirklichkeit verdrängen, Berlin 2002; Hans Werner Sinn: Ist Deutschland noch zu retten?, München 2003; Gabor Steingart: Deutschland. Der Abstieg eines Superstars, München 2004; Thomas Darnstädt: Die Konsensfalle. Wie das Grundgesetz Reformen blockiert, München 2004; Stefan Aust u.a.: Der Fall Deutschland. Abstieg eines Superstars, München 2005; Paul Kirchhof: Das Gesetz der Hydra. Gebt den Bürgern ihren Staat zurück!, München 2006; vgl. hierzu Thomas Hertfelder: Modell Deutschland. Erfolgsgeschichte oder Illusion?, in: Ders./Rödder, Modell Deutschland, S. 9–27.
- 157 Vgl. Marianne Bechhaus-Gerst/Joachim Zeller (Hg.): Deutschland postkolonial? Die Gegenwart der imperialen Vergangenheit, Berlin 2018; Colin Crouch: Postdemokratie, Frankfurt a.M. 2008; Hans-Ulrich Wehler: Die neue Umverteilung. Soziale Ungleichheit in Deutschland, München 2013; Wolfgang Streeck: Gekaufte Zeit. Die vertagte Krise des demokratischen Kapitalismus, Frankfurt a. M. 2013.
- 158 Schildt, Fünf Möglichkeiten, S. 1240–1242, Zitat S. 1240, versteht sie in diesem engen Sinn.
- 159 Vgl. hierzu noch die ältere Synthese von Kleßmann, Zwei Staaten, z.B. S. 39–44 zu den »Stiefkindern des Wirtschaftswunders«.
- 160 Zu den Widersprüchen der Kultur der Inklusion vgl. kritisch Rödder, 21.0, S. 116–126; zum neuen Klassenkampf, der mutmaßlich dahintersteht, vgl. pointiert Thomas E. Schmidt: Fortschrittlich gegen die da unten, in: Die Zeit Nr. 32 v. 02.08.2018, S. 38.
- 161 Vg. hierzu auch unten S. 45.
- 162 Wehler, Gesellschaftsgeschichte, Bd. 5, S. 19–33, 88–107.
- 163 Vgl. jetzt Bösch, Geteilte Geschichte.
- 164 Dies gilt am wenigsten für Herbert, Geschichte, S. 699–746, 821–834, der der Entwicklung der DDR und auch den Erfahrungen ihrer Bürger relativ viel Aufmerksamkeit widmet.
- 165 Jaraus, Umkehr, S. 247–279.
- 166 Vgl. hierzu auch die Debatte in Sabrow/Eckert/Flacke, DDR-Erinnerung.
- 167 Vgl. hierzu das von Christina Morina verfasste Kapitel »Wir sind das Volk!« in: Norbert Frei u.a.: Zur rechten Zeit. Wider die Rückkehr des Nationalismus, Berlin 2019, S. 183–206.
- 168 Martin Sabrow, DDR erinnern, S. 11–27; Ders.: »Fußnote der Geschichte«, »Kuscheldiktatur« oder »Unrechtsstaat«? Die Geschichte der DDR zwischen Wissenschaft, Politik und Öffentlichkeit, in: Katrin Hammerstein/Jan Scheunemann (Hg.): Die Musealisierung der DDR. Wege, Möglichkeiten und Grenzen der Darstellung von Zeitgeschichte in stadt- und regionalgeschichtlichen Museen, Berlin 2012, S. 13–24.

- 169 Sabrow, »Fußnote«, S. 19.
- 170 So Martin Sabrow in seinem unveröffentlichten Vortrag »Die ungewisse Republik. 30 Jahre nach dem Fall der Mauer« (Universität Gießen, 30.10.2019). Ich danke Martin Sabrow für die Überlassung seines Manuskripts.
- 171 Ähnlich argumentiert Morina, »Wir sind das Volk!«, die allerdings die »Instrumentalisierung« ostdeutscher Befindlichkeiten durch westdeutsche Rechtsideologen wie Björn Höcke, Götz Kubitscheck und Alexander Gauland überbetont und damit die ostdeutsche Bevölkerung noch in ihrem populistischen Aufbegehren einmal mehr zu verführten Opfern erklärt.
- 172 »Ostpartys glorifizieren nichts«. Interview mit Lutz Niethammer, in: die tageszeitung, 12.05.2006, dokumentiert in: Martin Sabrow/Rainer Eckert/Monika Flacke u.a. (Hg.): Wohin treibt die DDR-Erinnerung? Dokumentation einer Debatte, Göttingen 2007, S. 208–210, hier S. 209.
- 173 Vgl. Nolte, Glück, S. 134.
- 174 Herbert, Geschichte, S. 644f.
- 175 Vgl. dazu z.B. Conze, Suche, S. 737-742.
- 176 Vgl. z.B. Mark Mazower: Dark Continent. Europe's Twentieth Century, London 1998; Harold James: Geschichte Europas im 20. Jahrhundert, München 2004; Tony Judt: Die Geschichte Europas seit dem Zweiten Weltkrieg, München/Wien 2006; Konrad H. Jarusch: Out of Ashes. A New History of Europe in the Twentieth Century, Princeton 2015.
- 177 Andreas Wirsching: »Lehrstück Weimar«, S. 9–14; Christoph Thonfeld: Krisenjahre revisited. Die Weimarer Republik in der gegenwärtigen Forschung, in: Historische Zeitschrift 302 (2016), S. 390–420; Seefried, Krise. S. 18–23; vgl. auch Winkler, Weg, Bd. 2, S. 655.
- 178 URL: www.ifz-muenchen.de/aktuelles/themen/weimarer-verhaeltnisse/ [22.11.2019]; Andreas Wirsching/Berthold Kohler/Ulrich Wilhelm (Hg.): Weimarer Verhältnisse? Historische Lektionen für unsere Demokratie, Stuttgart 2018. Die neuere Tendenz, die gegenwärtige Krise der Demokratie mit der Zwischenkriegszeit zu parallelisieren, hat Adam Tooze jüngst als »morbid obsession« kritisiert, vgl. Adam Tooze: »Cruelly Absent Grandeur? Democracy's Twenty-First-Century Histories, in: Geschichte und Gesellschaft 44 (2018), S. 456–490, hier S. 482.
- 179 Vgl. z.B. die Rede Frank-Walter Steinmeiers beim Festakt »100 Jahre Weimarer Reichsverfassung« am 06.02.2019, URL: www.bundespraesident.de/SharedDocs/Reden/DE/Frank-Walter-Steinmeier/Reden/2019/02/190206-Weimar-100-Jahre-Reichsverfassung.html;jsessionid=57DFE7E67BE70C01DB02443AA52075DD.1_cid387 [22.11.2019]; oder seine Gedenkrede für Friedrich Ebert am 11. 02. 2019, URL: www.bundespraesident.de/SharedDocs/Reden/DE/Frank-Walter-Steinmeier/Reden/2019/02/190211-Matinee-Friedrich-Ebert.html;jsessionid=57DFE7E67BE70C01DB02443AA52075DD.1_cid387 [22.11.2019]
- 180 Jan Zielonka: Konterrevolution. Der Rückzug des liberalen Europa, Frankfurt/New York 2019, S. 114.
- 181 Vgl. Andreas Rödder: Wer hat Angst vor Deutschland? Geschichte eines europäischen Problems, Frankfurt 2018, S. 212–227.

- 182 URL: www.bundesregierung.de/breg-de/aktuelles/pressekonferenzen/sommerpressekonferenz-von-bundeskanzlerin-merkel-848300 [22.11.2019].
- 183 Ebd.
- 184 Vgl. auch Rödder, *Angst*, S. 228–235.
- 185 Vgl. dazu Frei u.a., *Zur rechten Zeit*, S. 183–206; Greta Hartmann / Alexander Leistner: *Umkämpftes Erbe. Zur Aktualität von »1989« als Widerstandserzählung*, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte* 35–37/2019, S. 18–24.
- 186 Vgl. Sarah Wagenknecht: *»Ich will Ludwig Erhard zu Ende denken«*, in: *Frankfurter Allgemeine Sonntagszeitung* vom 15.–16.05.2011.
- 187 Thea Dorn: *deutsch, nicht dumpf. Ein Leitfaden für einen aufgeklärten Patriotismus*, München 2018; Frank-Walter Steinmeier: *Es lebe unsere Demokratie! Der 9. November und die deutsche Freiheitsgeschichte*, München 2018.
- 188 Deren klassisches, fortschrittsfrohes *master narrative* des *consensus liberalism* ist längst kollabiert. Stattdessen herrscht die konflikthafte, von *identity politics* bestimmte Vielstimmigkeit der Perspektiven und Narrative, die man etwa in der Museumslandschaft Washingtons gut ablesen kann. Da die Einwanderungsgeschichte der Bundesrepublik erst in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts unter den Bedingungen eines expandierenden Wohlfahrtsstaats begonnen hat, sind hierzulande die für die USA charakteristischen Traumatisierungen ausgeblieben. Dass sich im Zeichen eines sich popularisierenden Postkolonialismus und neuer *identity politics* auch in der Bundesrepublik einmal mächtige migrantische Gegenerzählungen von erheblicher Sprengkraft ausbilden könnten, scheint allerdings keineswegs ausgeschlossen.

Bildnachweis

Sämtliche Bildrechte wurden, soweit möglich, ermittelt und eingeholt. Sollten darüber Rechte tangiert sein, die wir nicht ermitteln konnten, bitten wir um Mitteilung.

Titelseite: © CHRISTO AND JEANNE-CLAUDE: Wrapped Reichstag, Berlin 1971–95, Germany, Photo: Wolfgang Volz/laif [Nr. 19340639]

Abb. 1: Bundesregierung / Steffen Kugler

Abb. 2, 3: Axel Thünker, Stiftung Haus der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland, Bonn

Abb. 4–11: Thomas Hertfelder

Abb. 12: N.N., Stiftung Haus der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland, Bonn

Abb. 13–15: Thomas Hertfelder

Abb. 16: K. Weisser (2006), Wikimedia Commons, https://commons.wikimedia.org/wiki/File:Holocaust-Mahnmal_Berlin_2006.jpg <https://creativecommons.org/licenses/by/4.0/>

Abb. 17: Deutscher Bundestag / Achim Melde

Abb. 18: Bundesregierung / Henning Schacht

Stiftung Bundespräsident-Theodor-Heuss-Haus

Die Stiftung Bundespräsident-Theodor-Heuss-Haus, eine überparteiliche Stiftung des öffentlichen Rechts, betreibt zeitgeschichtliche Forschung und politische Bildung. Einen Schwerpunkt bildet dabei das Leben und Werk des ersten Bundespräsidenten der Bundesrepublik Deutschland, Theodor Heuss (1884–1963). Seit Beginn des 20. Jahrhunderts engagierte sich Heuss im politischen Leben – als Journalist und Hochschuldozent, als liberaler Politiker und Parlamentarier, als Redner und Biograph. In einem Zeitalter, das bestimmt wurde von zwei Weltkriegen, von autoritären und totalitären Regimes und von der Konfrontation der Ideologien, stand Heuss für eine rechtsstaatliche und demokratische Tradition in Deutschland. Ihm fiel als erstem Staatsoberhaupt nach der nationalsozialistischen Diktatur die schwierige Aufgabe zu, das demokratische Deutschland nach innen und außen zu festigen und glaubwürdig zu repräsentieren.

Im ehemaligen Stuttgarter Wohnhaus von Heuss betreibt die Stiftung eine Erinnerungsstätte, die in drei rekonstruierten Wohnräumen und einer ständigen Ausstellung das Lebenswerk von Heuss in seinen vielfältigen historischen Bezügen vor Augen führt. Forscherinnen und Forschern stehen der umfangreiche Nachlass von Theodor Heuss, einer der größten Politikernachlässe der Bundesrepublik, und eine wissenschaftliche Fachbibliothek zur Verfügung. Aus den rund 60.000 Briefen, die von Heuss überliefert sind, hat die Stiftung die »Stuttgarter Ausgabe«, eine wissenschaftliche Auswahledition in acht Bänden, erarbeitet.

In ihrer Forschungs- und Bildungsarbeit fragt die Stiftung nach den historischen Grundlagen und Traditionen der Demokratie in Deutschland. Sie knüpft dabei an aktuelle Problemlagen an und bietet dazu ein breites Spektrum von Veranstaltungen in Form von Kolloquien, Workshops, Podien, Vorträgen und Lesungen. Hierzu sind alle interessierten Bürgerinnen und Bürger herzlich eingeladen.

www.stiftung-heuss-haus.de

Neuerscheinung

Frank Bösch, Thomas Hertfelder, Gabriele Metzler (Hg.)

Grenzen des Neoliberalismus

Der Wandel des Liberalismus im späten 20. Jahrhundert

372 Seiten, gebunden

Stuttgart: Franz-Steiner-Verlag 2018 | EUR 64,00

ISBN 978-3-515-12085-2 (gebunden)

ISBN 978-3-515-12092-0 (E-Book)



Der Liberalismus veränderte sich im letzten Drittel des 20. Jahrhunderts rasant. Neoliberale Positionen gewannen mit ihrer Forderung nach einem Rückzug des Staates und einer »Vermarktlichung« von Ökonomie und Gesellschaft an Gewicht. Doch in dieser marktliberalen Verengung ging der Wandel des Liberalismus nicht auf. Denn zur gleichen Zeit erlebte der Linksliberalismus jenseits des organisierten Liberalismus eine erstaunliche Konjunktur, während das liberale Prinzip der Rechtsstaatlichkeit im Zeichen terroristischer Bedrohungen im Spannungsfeld von »Freiheit« und »Innerer Sicherheit« neu verhandelt wurde.

Der vorliegende Band untersucht diese Wandlungsprozesse des Liberalismus erstmals im Zusammenhang. Die Autorinnen und Autoren argumentieren, dass der Neoliberalismus erst als Moment eines generellen Wandels des Politischen im späten 20. Jahrhundert zu begreifen ist – und sie benennen die Grenzen, die seiner Durchsetzung in der Bundesrepublik gesetzt waren.

**Zeithistorische Impulse. Wissenschaftliche Reihe der
Stiftung Bundespräsident-Theodor-Heuss-Haus**

- 1 Thomas Hertfelder / Jürgen C. Hess (Hg.)
**Streiten um das Staatsfragment: Theodor Heuss und Thomas Dehler
berichten von der Entstehung des Grundgesetzes**
Stuttgart 1999
- 2 Eberhard Jäckel / Horst Möller / Hermann Rudolph (Hg.)
**Von Heuss bis Herzog: Die Bundespräsidenten im politischen System
der Bundesrepublik**
Stuttgart 1999
- 3 Gangolf Hübinger / Thomas Hertfelder (Hg.)
Kritik und Mandat. Intellektuelle in der deutschen Politik
Stuttgart 2000
- 4 Ulrich Baumgärtner
**Reden nach Hitler. Theodor Heuss – Die Auseinandersetzung mit dem
Nationalsozialismus**
Stuttgart 2001
- 5 Ernst Wolfgang Becker / Thomas Rösslein (Hg.)
**Politischer Irrtum im Zeugenstand. Die Protokolle des Untersuchungs-
ausschusses des württemberg-badischen Landtags aus dem Jahre 1947
zur Zustimmung zum »Ermächtigungsgesetz« vom 23. März 1933**
Stuttgart 2003
- 6 Hans Vorländer (Hg.)
Zur Ästhetik der Demokratie. Formen der politischen Selbstdarstellung
Stuttgart 2003
- 7 Wolfgang Hardtwig / Erhard Schütz (Hg.)
**Geschichte für Leser. Populäre Geschichtsschreibung in Deutschland
im 20. Jahrhundert**
Stuttgart 2005

- 8 Frieder Günther
Heuss auf Reisen. Die auswärtige Repräsentation der Bundesrepublik durch den ersten Bundespräsidenten
Stuttgart 2006
- 9 Andreas Wirsching / Jürgen Eder (Hg.)
Vernunftrepublikanismus in der Weimarer Republik. Politik, Literatur, Wissenschaft
Stuttgart 2008
- 10 Angelika Schaser / Stefanie Schüler-Springorum (Hg.)
Liberalismus und Emanzipation. In- und Exklusionsprozesse im Kaiserreich und in der Weimarer Republik
Stuttgart 2010
- 11 Werner Plumpe / Joachim Scholtz (Hg.)
Der Staat und die Ordnung der Wirtschaft. Vom Kaiserreich bis zur Berliner Republik
Stuttgart 2012
- 12 Anselm Doering-Manteuffel / Jörn Leonhard (Hg.)
Liberalismus im 20. Jahrhundert
Stuttgart 2015
- 13 Frank Bösch / Thomas Hertfelder / Gabriele Metzler (Hg.)
Grenzen des Neoliberalismus. Der Wandel des Liberalismus im späten 20. Jahrhundert
Stuttgart 2018
- 14 Wolfgang Hardtwig
Freiheitliches Bürgertum in Deutschland. Der Weimarer Demokrat Eduard Hamm zwischen Kaiserreich und Widerstand
Stuttgart 2018
- 15 Ernst Wolfgang Becker / Elke Seefried / Johannes Hürter / Frank Bajohr (Hg.)
Liberalismus und Nationalsozialismus. Eine Beziehungsgeschichte
Erscheint 2020

Edition »Theodor Heuss. Stuttgarter Ausgabe«

Unter dem Titel »Theodor Heuss. Stuttgarter Ausgabe« gibt die Stiftung Bundespräsident-Theodor-Heuss-Haus eine Edition der Briefe, Schriften, Reden und Gespräche von Theodor Heuss heraus.

Die bereits abgeschlossene Reihe der Briefe umfasst folgende Bände:

Theodor Heuss: Aufbruch im Kaiserreich. Briefe 1892–1917

Herausgegeben und bearbeitet von Frieder Günther
München 2009

Theodor Heuss: Bürger der Weimarer Republik. Briefe 1918–1933

Herausgegeben und bearbeitet von Michael Dormmann
München 2008

Theodor Heuss: In der Defensive. Briefe 1933–1945

Herausgegeben und bearbeitet von Elke Seefried
München 2009

Theodor Heuss: Erzieher zur Demokratie. Briefe 1945–1949

Herausgegeben und bearbeitet von Ernst Wolfgang Becker
München 2007

Theodor Heuss: Der Bundespräsident. Briefe 1949–1954

Herausgegeben und bearbeitet von Ernst Wolfgang Becker, Martin Vogt
und Wolfram Werner
Berlin/Boston 2012

Theodor Heuss: Der Bundespräsident. Briefe 1954–1959

Herausgegeben und bearbeitet von Ernst Wolfgang Becker, Martin Vogt
und Wolfram Werner
Berlin/Boston 2013

**Theodor Heuss: Hochverehrter Herr Bundespräsident!
Der Briefwechsel mit der Bevölkerung 1949–1959**

Herausgegeben und bearbeitet von Wolfram Werner
Berlin/New York 2010

Theodor Heuss: Privatier und Elder Statesman. Briefe 1959–1963

Herausgegeben und bearbeitet von Frieder Günther

Berlin/Boston 2014

Stiftung Bundespräsident-Theodor-Heuss-Haus. Kleine Reihe

- 1 Timothy Garton Ash
Wohin treibt die europäische Geschichte?
Theodor-Heuss-Gedächtnis-Vorlesung 1997
Stuttgart 1998
- 2 Thomas Hertfelder
Machen Männer noch Geschichte?
Das Stuttgarter Theodor-Heuss-Haus im Kontext der deutschen Gedenkstättenlandschaft
Stuttgart 1998
- 3 Richard von Weizsäcker
Das parlamentarische System auf dem Prüfstand
Theodor-Heuss-Gedächtnis-Vorlesung 1998
Stuttgart 1999
- 4 **Parlamentarische Poesie**
Theodor Heuss: Das ABC des Parlamentarischen Rates
Carlo Schmid: Parlamentarische Elegie im Januar
Stuttgart 1999
- 5 Joachim Scholtyseck
Robert Bosch und der 20. Juli 1944
Stuttgart 1999
- 6 Hermann Rudolph
»Ein neues Stück deutscher Geschichte«
Theodor Heuss und die politische Kultur der Bundesrepublik
Theodor-Heuss-Gedächtnis-Vorlesung 1999
Stuttgart 2000
- 7 Ulrich Sieg
Jüdische Intellektuelle und die Krise der bürgerlichen Welt im Ersten Weltkrieg
Stuttgart 2000

- 8 Ernst Wolfgang Becker
Ermächtigung zum politischen Irrtum
Die Zustimmung zum Ermächtigungsgesetz von 1933 und die
Erinnerungspolitik im ersten württemberg-badischen Untersuchungs-
ausschuß der Nachkriegszeit
Stuttgart 2001

- 9 Jutta Limbach
Vorrang der Verfassung oder Souveränität des Parlaments?
Theodor-Heuss-Gedächtnis-Vorlesung 2000
Stuttgart 2001

- 10 Hildegard Hamm-Brücher
»Demokratie ist keine Glücksversicherung ...«
Über die Anfänge unserer Demokratie nach 1945 und ihre Perspektiven
für Gegenwart und Zukunft
Theodor-Heuss-Gedächtnis-Vorlesung 2001
Stuttgart 2002

- 11 Richard Schröder
»Deutschlands Geschichte muss uns nicht um den Schlaf bringen.«
Plädoyer für eine demokratische deutsche Erinnerungskultur
Theodor-Heuss-Gedächtnis-Vorlesung 2002
Stuttgart 2003

- 12 Andreas Rödder
Wertewandel und Postmoderne
Gesellschaft und Kultur der Bundesrepublik Deutschland 1965–1990
Stuttgart 2004

- 13 Jürgen Osterhammel
Liberalismus als kulturelle Revolution
Die widersprüchliche Weltwirkung einer europäischen Idee
Theodor-Heuss-Gedächtnis-Vorlesung 2003
Stuttgart 2004

- 14 Frieder Günther
Misslungene Aussöhnung?
Der Staatsbesuch von Theodor Heuss in Großbritannien im Oktober 1958
Stuttgart 2004

- 15 Thomas Hertfelder
In Presidents we trust
Die amerikanischen Präsidenten in der Erinnerungspolitik der USA
Stuttgart 2005
- 16 Dieter Langewiesche
Liberalismus und Demokratie im Staatsdenken von Theodor Heuss
Stuttgart 2005
- 17 Peter Graf Kielmansegg
Die Instanz des letzten Wortes
Verfassungsgerichtsbarkeit und Gewaltenteilung in der Demokratie
Theodor-Heuss-Gedächtnis-Vorlesung 2004
Stuttgart 2005
- 18 Gesine Schwan
Vertrauen und Politik
Politische Theorie im Zeitalter der Globalisierung
Theodor-Heuss-Gedächtnis-Vorlesung 2005
Stuttgart 2006
- 19 Ralf Dahrendorf
Anfechtungen liberaler Demokratien
Festvortrag zum zehnjährigen Bestehen der Stiftung Bundespräsident-
Theodor-Heuss-Haus
Stuttgart 2007
- 20 Angela Hermann
»In 2 Tagen wurde Geschichte gemacht.«
Über den Charakter und Erkenntniswert der Goebbels-Tagebücher
Stuttgart 2008
- 21 Salomon Korn
Was ist deutsch-jüdische »Normalität«?
Theodor-Heuss-Gedächtnis-Vorlesung 2007
Stuttgart 2008

- 22 Giovanni di Lorenzo
Auch unsere Generation hat Werte. Aber welche?
Theodor-Heuss-Gedächtnis-Vorlesung 2008
Stuttgart 2009
- 23 Matthias Weipert
»Verantwortung für das Allgemeine«?
Bundespräsident Theodor Heuss und die FDP
Stuttgart 2009
- 24 Dieter Grimm
Die Würde des Menschen ist unantastbar
Vortrag auf dem Festakt der Stiftung Bundespräsident-Theodor-Heuss-Haus zum 60jährigen Bestehen des Grundgesetzes am 8. Mai 2009
Stuttgart 2010
- 25 Paul Kirchhof
Der freie oder der gelenkte Bürger
Die Gefährdung der Freiheit durch Geld, Informationspolitik und durch die Organisationsgewalt des Staats
Theodor-Heuss-Gedächtnis-Vorlesung 2009
Stuttgart 2010
- 26 Michael Stolleis
Freiheit und Unfreiheit durch Recht
Theodor-Heuss-Gedächtnis-Vorlesung 2010
Stuttgart 2011
- 27 Robert Leicht
... allein mir fehlt der Glaube
Wie hält es die liberale Gesellschaft mit der Religion?
Theodor-Heuss-Gedächtnis-Vorlesung 2011
Stuttgart 2012
- 28 Anselm Doering-Manteuffel
Die Entmündigung des Staates und die Krise der Demokratie
Entwicklungslinien von 1980 bis zur Gegenwart
Stuttgart 2013

- 29 Thomas Hertfelder
Von Naumann zu Heuss
Über eine Tradition des sozialen Liberalismus in Deutschland
Stuttgart 2013
- 30 Joachim Gauck
Mehr Bürgergesellschaft wagen
Über repräsentative Demokratie, Bürgersinn und die Notwendigkeit des Erinnerns
Theodor-Heuss-Gedächtnis-Vorlesung 2013
Stuttgart 2014
- 31 Jutta Allmendinger / Ellen von den Driesch
Mythen – Fakten – Ansatzpunkte
Dimensionen sozialer Ungleichheit in Europa
Theodor-Heuss-Gedächtnis-Vorlesung 2014
Stuttgart 2015
- 32 Ulrich Herbert
In der neuen Weltordnung
Zur deutschen Geschichte seit 1990
Theodor-Heuss-Gedächtnis-Vorlesung 2015
Stuttgart 2016
- 33 Kristian Buchna
Im Schatten des Antiklerikalismus
Theodor Heuss, der Liberalismus und die Kirchen
Stuttgart 2016
- 34 Sabine Leutheusser-Schnarrenberger
Bedrohte Freiheit
Der liberale Rechtsstaat in Zeiten von Terrorismus und Rechtspopulismus
Theodor-Heuss-Gedächtnis-Vorlesung 2016
Stuttgart 2017
- 35 Frank Bösch
Politik als Beruf
Zum Wandel einer beschimpften Profession seit 1945
Stuttgart 2018

- 36 Herfried Münkler
Die neuen Kriege
Zur Wiederkehr eines historischen Musters
Stuttgart 2018
- 37 Ernst Wolfgang Becker
Wie viel Konsens braucht die Demokratie?
Theodor Heuss und die Zukunft des Grundgesetzes
Stuttgart 2019
- 38 Thomas Hertfelder
Erfolgsgeschichte Bundesrepublik
Aufstieg und Krise einer Meistererzählung
Stuttgart 2020

Impressum

Bibliografische Informationen der Deutschen Bibliothek

Die Deutsche Bibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie. Detaillierte bibliografische Daten sind im Internet abrufbar über <http://dnb.ddb.de>

Herausgegeben von der

Stiftung Bundespräsident-Theodor-Heuss-Haus

Breitscheidstraße 48

70176 Stuttgart

www.stiftung-heuss-haus.de

Redaktion: Dr. Thomas Hertfelder

Satz: Ulrike Holzwarth, Büro für Gestaltung

Gestaltung: as kommunikationsdesign, Stuttgart

Druck und Bindung: Offizin Scheufele, Stuttgart

Umschlagfoto: © CHRISTO AND JEANNE-CLAUDE: Wrapped Reichstag, Berlin 1971–95, Germany, Photo: Wolfgang Volz/laif [Nr. 19340639]

Foto hintere Umschlagklappe: © Banu Aksu

ISBN 978-3-942302-16-6 | ISSN 1435-1242

© SBTH, Januar 2020

Die Stiftung wird vom Bund finanziert mit Mitteln aus dem Haushalt der Beauftragten der Bundesregierung für Kultur und Medien.



Zum Autor

Dr. Thomas Hertfelder ist Historiker und Mitglied des Vorstands der Stiftung Bundespräsident-Theodor-Heuss-Haus. Nach seinem Studium der Geschichte, Germanistik und Politischen Wissenschaft war er im Schuldienst, in der Erwachsenenbildung und als wissenschaftlicher Assistent an der Universität München tätig. Seine Arbeitsschwerpunkte sind u.a. die Geschichte des Liberalismus, Probleme der Erinnerungskultur sowie die historische Bildforschung. Zu seinen neueren Veröffentlichungen gehören »Von Naumann zu Heuss. Über eine Tradition des sozialen Liberalismus in Deutschland« (2013); »Erinnern an Demokratie in Deutschland« (2016, Hg. mit Ulrich Lappenküper und Jürgen Lillteicher); »Grenzen des Neoliberalismus. Der Wandel des Liberalismus im späten 20. Jahrhundert« (2018, Hg. mit Frank Bösch und Gabriele Metzler).

Stiftung Bundespräsident-Theodor-Heuss-Haus
Breitscheidstraße 48
70176 Stuttgart
www.stiftung-heuss-haus.de

ISSN 1435-1242
ISBN 978-3-942302-16-6